



10. November 2016

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WPPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 10. JUNI 2016 IN DER DURCH DEN VORHERGEHENDEN
NACHTRAG VOM 15. SEPTEMBER 2016 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT B VOM 7. JULI 2016 IN DER DURCH DEN VORHERGEHENDEN NACHTRAG
VOM 15. SEPTEMBER 2016 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT B**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE NON-LINEARE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP B WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

BASISPROSPEKT PROSPER A VOM 21. OKTOBER 2016

(DER "**BASISPROSPEKT PROSPER A**")

FÜR
WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND
(DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(ERSTER NACHTRAG)

(DIE RSSP A WERTPAPIERE, DIE RSSP B WERTPAPIERE UND DIE PROSPER A WERTPAPIERE, DIE
"**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, und auf der Internetseite der Emittentin <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> bereitgehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

Basisprospekt	Abschnitt im Basisprospekt	Nachtragspunkte	Seite
Basisprospekt Prosper A RSSP Basisprospekt A RSSP Basisprospekt B	ZUSAMMENFASSUNG	1.	5
Basisprospekt Prosper A RSSP Basisprospekt A RSSP Basisprospekt B	SUMMARY	2.	5
Basisprospekt Prosper A RSSP Basisprospekt A RSSP Basisprospekt B	PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE	3.	5f.
Basisprospekt Prosper A RSSP Basisprospekt A RSSP Basisprospekt B	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	4.	6
RSSP Basisprospekt A RSSP Basisprospekt B Basisprospekt Prosper A	INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN	5.	6ff.
Basisprospekt Prosper A	INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN	6.	23
Basisprospekt Prosper A RSSP Basisprospekt A RSSP Basisprospekt B	INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN	7.	23f.

Der nachtragsbegründende Umstand ist die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Q3 2016 Ergebnisveröffentlichung (jeweils wie nachstehend unter Ziffer 3 definiert), die am 27. Oktober 2016 bei der *U.S. Securities and Exchange Commission* mittels *Form 6-K* eingereicht und bekanntgemacht (Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) worden sind.

Die folgenden Abschnitte der Basisprospekte sind von den Änderungen betroffen:

1. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG" in dem Element "B.12" der Unterabschnitt "Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe" jeweils wie folgt ersetzt:

B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe	Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014 endenden Jahre. Es gab keine wesentliche negative Veränderung in der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe seit dem 30. September 2016.
-------------	--	---

2. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "SUMMARY" in dem Element "B.12" der Unterabschnitt "No significant change in the financial or trading position of the Group" jeweils wie folgt ersetzt:

B.12	Selected historical key financial information No significant change in the financial or trading position of the Group	Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2015 and 31 December 2014 There has been no significant negative change in the financial or trading position of the Group since 30 September 2016.
-------------	--	---

3. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE" der erste Teil der Liste der per Verweis einbezogenen Dokumente bis zum Ende der Spiegelpunkte enthaltenen Dokumente wie folgt ersetzt:

PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

Die folgenden Informationen sind bei der *Financial Conduct Authority* ("FCA") hinterlegt und werden in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogen:

- die Seiten 1 bis 433 des gemeinsamen Geschäftsberichts (*Joint Annual Report*), der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**"), wie am 1. März 2016 bei der *U.S. Securities and Exchange Commission* ("SEC") mittels Form 20-F für die am 31. Dezember 2014 bzw. 31. Dezember 2015 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre, eingereicht (der "**Gemeinsame Geschäftsbericht**"); die Daten zur Barclays Bank PLC ab Seite 434 werden nicht einbezogen;
- die Geschäftsberichte (*Annual Reports*) der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Bank für die am 31. Dezember 2014 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2014**") bzw. 31. Dezember 2015 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2015**") zu Ende gegangenen Geschäftsjahre;
- die gemeinsame Ankündigung von Barclays PLC und der Emittentin in Verbindung mit der Aktualisierung der Gruppenstrategie, die mittels *Form 6-K* am 1. März 2016 bei der SEC eingereicht wurde (die "**Aktualisierung der Gruppenstrategie März 2016**");

- die Veröffentlichung der Barclays PLC bezüglich der Anpassung der Ergebnisse der Gruppe für die Jahre 2015 & 2014 aufgrund der Änderung des Gruppenberichtswesens (*Group Reporting Changes 2015 & 2014 Results Restatement Document*), wie am 15. April 2016 bei der SEC mittels *Form 6-K* eingereicht (die "**Ergebnisanpassung**");
 - die Bekanntmachung der ungeprüften gemeinsamen Halbjahresergebnisse (*Interim Results*) der Barclays PLC und der Emittentin, wie am 29. Juli 2016 bei der SEC mittels *Form 6-K* für die am 30. Juni 2016 zu Ende gegangenen sechs Monate eingereicht (die "**Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2016**"); und
 - die Bekanntmachung der ungeprüften gemeinsamen Ergebnisse der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC für das dritte Quartal 2016, wie am 27. Oktober 2016 bei der SEC mittels *Form 6-K* für die am 30. September 2016 endenden neun Monate (die "**Q3 Ergebnisveröffentlichung 2016**") eingereicht.
4. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" der Unterabsatz "**Keine wesentliche Änderung**" wie folgt ersetzt:

Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche negative Veränderung in der Finanz- oder Handelsposition der Gruppe seit dem 30. September 2016.

5. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" der Unterabschnitt "**Rechtstreitigkeiten**" jeweils wie folgt ersetzt:

Rechtstreitigkeiten

Barclays PLC, die Bank und die Gruppe stehen vor wettbewerbsrechtlichen und aufsichtsrechtlichen sowie sonstigen rechtlichen Herausforderungen, von denen viele nicht von der Gruppe beeinflusst werden können. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser Verfahren ist nicht immer vorhersehbar, kann jedoch die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und -ergebnisse und die Geschäftsaussichten der Gruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen. Angelegenheiten, die sich aus einer Reihe von Umständen ergeben können, können wiederum zum Auftreten von Eventualverbindlichkeiten und/oder (je nach Faktenlage und Umstand) Rückstellungen führen. Sofern nicht praktikabel hat die Gruppe keine Schätzung der potentiellen finanziellen Auswirkungen von Eventualverbindlichkeiten auf die Gruppe veröffentlicht.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge und Zivilverfahren

Die britische Finanzdienstleistungsaufsicht (*Financial Conduct Authority* ("**FCA**")) hat geltend gemacht, Barclays PLC und die Bank hätten ihre Offenlegungspflichten im Zusammenhang mit zwei von der Bank geschlossenen Beratungsverträgen verletzt. Die FCA hat ein Bußgeld in Höhe von GBP 50 Mio. verhängt. Barclays PLC und die Bank bestreiten die Feststellungen. Die für schwere Betrugsdelikte zuständige britische Behörde (*Serious Fraud Office* ("**SFO**")), das US-Justizministerium (*Department of Justice* ("**DOJ**")) und die Börsenaufsichtsbehörde (*Securities Exchange Commission* ("**SEC**")) untersuchen diese Verträge ebenfalls.

Hintergrundinformationen

Die FCA hat Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Verträge durchgeführt, darunter zwei zwischen der Bank und der Qatar Holding LLC (Qatar Holding) im Juni, beziehungsweise Oktober 2008 geschlossene Beratungsverträge, sowie hinsichtlich der Frage, ob diese in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen von Barclays PLC im Juni und im November 2008 gestanden haben könnten.

Die FCA hat im September 2013 Warnhinweise (Warnhinweise) gegen Barclays PLC und die Bank erteilt.

Das Bestehen des im Juni 2008 geschlossenen Beratungsvertrags wurde in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten im Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen im Juni und November 2008 offengelegt, der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die unter beiden Verträgen zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen

Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, jedoch nicht. In den Warnhinweisen ist zwar berücksichtigt, dass Barclays PLC und die Bank damals davon ausgingen, dass zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert aus den Verträgen bezogen werden sollte, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es in erster Linie nicht Zweck der Verträge war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche, Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt wurden.

In den Warnhinweisen wird festgestellt, dass Barclays PLC und die Bank gegen bestimmte Notierungsregeln in Bezug auf Offenlegungspflichten verstießen und die Bank auch gegen das *Listing Principle 3* (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien des Unternehmens integer zu verhalten). In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass Barclays PLC und die Bank leichtfertig (*recklessly*) handelten. Das in den Warnhinweisen gegen die Gruppe verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Barclays PLC und die Bank bestreiten die Feststellungen weiterhin.

Die FCA war damit einverstanden, dass das Vollzugsverfahren der FCA ruht, bis sich Fortschritte einstellen bei den Ermittlungen der SFO bezüglich der oben genannten Verträge, hinsichtlich derer die Gruppe Auskunftersuchen erhalten hat, die sie weiterhin beantwortet.

Im Januar 2016 haben PCP Capital Partners LLP und PCP International Finance Limited (PCP) Klage gegen die Bank eingereicht, mit der Schadensersatz für arglistige Täuschung und Betrug in Höhe von GBP 721,4 Mio. plus Zinsen und Kosten aufgrund von angeblichen Behauptungen der Bank gegenüber PCP im Zusammenhang mit den Bedingungen geltend gemacht werden, zu denen Wertpapiere an Investoren, unter anderem an PCP, bei der Kapitalerhöhung vom November 2008 ausgegeben wurden. Die Bank verteidigt sich gegen diese Klage.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. PCP hat eine Klage gegen die Bank über insgesamt GBP 721,4 Mio. plus Zinsen und Kosten erhoben. Dieser Betrag stellt nicht zwingend die drohende Verpflichtung der Bank dar, wenn ein Urteil gegen sie ergehen sollte.

Untersuchungen im Hinblick auf bestimmte Geschäftsbeziehungen

Das DOJ und die SEC führen Ermittlungen durch, ob im Zusammenhang mit Beziehungen der Gruppe zu Dritten, die Barclays PLC beim Aufbau neuer oder der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des *U.S. Foreign Corrupt Practices Act* eingehalten werden. Bestimmte Aufsichtsbehörden in anderen Ländern wurden über die Ermittlungen ebenfalls informiert. Davon unabhängig kooperiert die Gruppe mit dem DOJ und der SEC im Zusammenhang mit einer Untersuchung im Hinblick auf bestimmte Verfahren bei der Einstellung von Mitarbeitern in Asien und anderswo, und hält bestimmte Aufsichtsbehörden in anderen Rechtsordnungen informiert.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Alternative Handelssysteme und Hochfrequenzhandel

Die SEC, die Generalstaatsanwaltschaft New York (*New York State Attorney General* (die "NYAG")) und die Aufsichtsbehörden einiger anderer Jurisdiktionen haben eine Reihe von Angelegenheiten in Verbindung mit alternativen Handelssystemen (AHS), einschließlich *Dark Pools*, und den Aktivitäten von Hochfrequenzhändlern untersucht.

Hintergrundinformationen

Im Juni 2014 reichte die NYAG beim Obersten Gerichtshof des Bundesstaates New York (*Supreme Court of the State of New York* (NY Supreme Court)) eine Klage (die "**NYAG-Klage**") gegen Barclays PLC und BCI ein, in deren Rahmen sie unter anderem den Vorwurf erhob, dass Barclays PLC und BCI an Betrugsfällen und irreführenden Praktiken im Zusammenhang mit LX, dem SEC-registrierten ATS der Gruppe, beteiligt waren. Am 01. Februar 2016 erreichte Barclays separate Einigungen mit der SEC und der NYAG über jeweils USD 35 Mio. zur Beilegung der Klagen dieser Behörden gegen Barclays PLC und BCI im Zusammenhang mit dem Betrieb von LX.

Beim Bundesgerichtshof in New York (*New York Federal Court*) ist des Weiteren eine Sammelklage im Namen einer Gruppe mutmaßlicher Kläger gegen Barclays PLC und BCI und andere eingegangen. Gegenstand der Klagen ist die Behauptung, die Beklagten hätten durch die Mitwirkung an einem System, durch das Hochfrequenzhandelsfirmen Informationsvorschübe und andere Begünstigungen erhalten hätten und somit in der Lage gewesen sein sollen, die US-Wertpapiermärkte zum Nachteil der Kläger zu manipulieren, gegen Bundesvorschriften zum Wertpapiergesetz verstoßen. Diese Klagen wurden zusammengefasst (Händler-Sammelklage), und im August 2015 hat das Gericht auf Antrag von Barclays die Händler-Sammelklage im Ganzen abgewiesen. Die Kläger haben sich entschlossen, nicht in Berufung zu gehen.

Barclays PLC und BCI wurden ebenfalls in einer so bezeichneten Sammelklage eines institutionellen Investorenkunden nach kalifornischem Recht erwähnt, die ähnliche Beschuldigungen wie die NYAG-Klage enthielt (Kalifornische Sammelklage). Diese Kalifornische Sammelklage wurde mit der Händler-Sammelklage voprozessual zusammengefasst und wurde ebenfalls im August 2015 abgewiesen. Den Klägern wurde gestattet, eine abgeänderte Klage im Nachgang zu dieser Abweisung einzureichen und die Angelegenheit wurde an das Bundesgericht in Kalifornien zurückverwiesen.

Im Anschluss an die Einreichung der NYAG-Klage wurden Barclays PLC und BCI, wie auch einige ihrer ehemaligen CEOs und der gegenwärtige sowie ein früherer CFO und ein im elektronischen Aktienhandel beschäftigter Mitarbeiter des Weiteren in einer Aktionärs-Sammelklage erwähnt. Die Kläger machen geltend, dass die Investoren Wertminderungen ihres Investments in *Barclays American Depository Receipts* infolge der Anschuldigungen der NYAG Klage erlitten haben. Barclays PLC und BCI haben einen Antrag auf Klageabweisung eingereicht, dem das Gericht zu einem Teil stattgegeben, den es zum anderen Teil jedoch zurückgewiesen hat. Im Februar 2016 hat das Gericht die Klage als Sammelklage bestätigt, wogegen Barclays Berufung eingelegt hat. Barclays PLC und BCI setzen die Verteidigung sowohl gegen die Kalifornische Sammelklage als auch gegen die Aktionärs-Sammelklage fort.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

In den verbleibenden Klagen werden ein nicht näher spezifizierter monetärer Schadensersatz und eine Unterlassungsverfügung gefordert. Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

FERC

Die US-Energiemarktaufsicht *Federal Energy Regulatory Commission* (die "**FERC**") hat im Zusammenhang mit Anschuldigungen, die Bank habe die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipuliert, zur Beitreibung einer zivilrechtlichen Strafe in Höhe von USD 435 Mio. und eines herauszugebenden Gewinns in Höhe von USD 34,9 Mio., zuzüglich Zinsen, entsprechend einer Anordnung eine Zivilklage gegen die Bank und einige ihrer ehemaligen Händler beim Bezirksgericht (*District Court*) von Kalifornien eingereicht. Das *U.S. Attorney's Office in the Southern District of New York (SDNY)* hat die Bank darüber informiert, dass es den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe und beim *U.S. District Court* für den SDNY wurde eine zivilrechtliche Sammelklage gegen die Bank erhoben, in der kartellrechtliche Verstöße behauptet werden, die den von der FERC in ihrer Zivilklage erhobenen Anschuldigungen entsprechen.

Hintergrundinformationen

Im Oktober 2012 erließ die FERC eine Anordnung zur Abgabe einer Stellungnahme nebst Bescheid über Strafvorschläge (eine sog. *Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties* (die "**Order**"))

and Notice")) gegen die Bank und vier ihrer ehemaligen Händler im Zusammenhang mit deren Stromhandel im Westen der USA. In der *Order and Notice* machte die FERC geltend, die Bank und ihre ehemaligen Händler hätten gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen der FERC, die sog. *Anti-Manipulation Rule*, verstoßen, indem sie in der Zeit von November 2006 bis Dezember 2008 die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipulierten, und schlug die Zahlung zivilrechtlicher Strafen sowie die Herausgabe entstandener Gewinne durch die Bank vor.

Im September 2013 informierte die Strafabteilung des *US Attorney's Office* bei der SDNY die Bank darüber, dass dasselbe Verhalten untersucht wird, das Gegenstand des Verfahrens bei der FERC war.

Im Oktober 2013 reichte die FERC eine Zivilklage gegen die Bank und ihre ehemaligen Händler beim *U.S. District Court* von Kalifornien zur Beitreibung der Strafe in Höhe von USD 435 Mio. und Herausgabe von USD 34,9 Mio. Gewinn plus Zinsen ein.

Im Juni 2015 hat die *Merced Irrigation District*, ein kalifornischer Energiedienstleister, vor dem *U.S. District Court* für den SDNY eine zivilrechtliche Sammelklage gegen die Bank eingereicht, in der kartellrechtliche Anschuldigungen in Verbindung mit den mutmaßlichen Manipulationen der Bank auf den Energiemärkten in und in der Umgebung von Kalifornien behauptet werden. Die Anschuldigungen entsprechen denen aus dem Zivilprozess der FERC gegen die Bank, der derzeit vor dem *U.S. District Court* in Kalifornien anhängig ist.

Im Oktober 2015 entschied der *U.S. District Court* in Kalifornien, seine Bewertung der Haftung und Strafzahlungen von der Bewertung zur Herausgabe des Gewinns zu trennen. Die FERC hat einen Schriftsatz eingereicht, mit dem zusammenfassend die Bewertung zu den Strafzahlungen beantragt wird. Die Bank ist dem entgegengetreten. Das Gericht hat angedeutet, dass es entweder die Strafzahlungen bestätigen oder neue Beweise zur Aufklärung der Angelegenheit fordern wird.

Im Dezember 2015 hat die Bank beantragt, die zivile Sammelklage aufgrund mangelnder Schlüssigkeit abzuweisen, dem Antrag hat die SDNY im Februar 2016 teilweise stattgegeben, diesen jedoch teilweise abgewiesen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Die FERC hat hinsichtlich der Zahlung zivilrechtlicher Strafen und der Herausgabe entstandener Gewinne Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 469,9 Mio., zuzüglich Zinsen, gegen die Bank und bestimmte ihrer ehemaligen Händler geltend gemacht. Die zivile Sammelklage beläuft sich auf einen Betrag in Höhe von USD 139,3 Mio. Diese Beträge entsprechen nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem die Bank im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten in beiden Fällen ausgesetzt wäre.

Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Bezugswerte

Die Aufsichts- und Vollzugsbehörden einschließlich einiger Wettbewerbsbehörden verschiedener Regierungen haben Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bank an der Manipulation finanzieller Bezugswerte wie etwa dem LIBOR und dem EURIBOR durchgeführt. Die Bank, Barclays PLC und BCI haben hinsichtlich eines Teils der Ermittlungen Vergleiche mit den zuständigen Vollzugs- bzw. Aufsichtsbehörden geschlossen, andere, darunter die Untersuchungen durch einige *US State Attorneys General*, der SFO, der Staatsanwaltschaft in Trani, Italien, und der Schweizerischen Wettbewerbsbehörde, laufen noch.

Hintergrundinformationen

Im Juni 2012 gab die Bank bekannt, dass sie mit der *Financial Services Authority* (FSA) (als der Vorgängerbehörde der FCA), der US-Aufsichtsbehörde für den Waren- und Terminhandel (*U.S. Commodity Futures Trading Commission* (CFTC)) und der Betrugsabteilung der DOJ (DOJ-FS) jeweils einen Vergleich bezüglich deren Ermittlungen zu bestimmten Abgaben von Referenzzinssätzen geschlossen hat; dabei hat sich die Bank zur Zahlung einer Strafe in Höhe von insgesamt GBP 290 Mio. verpflichtet. Der Vergleichsschluss mit der DOJ-FS erfolgte durch den Abschluss eines *Non-Prosecution Agreement* (Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung (NPA)), das inzwischen ausgelaufen ist. Ferner wurde der Bank von der Kartellabteilung der DOJ (DOJ-AD) ein bedingter Strafnachlass im Rahmen von Kronzeugenregelungen (*conditional leniency*) im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit EURIBOR als

Referenzzinssatz zugestanden. Die DOJ hat der Bank im Mai 2016 einen endgültigen Strafnachlass (*final leniency*) gewährt.

Ermittlungen der US-Generalanwaltschaften

Nach den im Juni 2012 bekanntgegebenen Vergleichsabschlüssen nahm eine Gruppe von Generalanwaltschaften (*State Attorney Generals, SAGs*) verschiedener US-Bundesstaaten eigene Ermittlungen in Sachen LIBOR, EURIBOR und Tokyo Interbank Offered Rate auf. Die Gruppe kooperiert vollständig bei diesen Untersuchungen und befindet sich in fortgeschrittenen Verhandlungen mit den SAGs im Hinblick auf eine mögliche Lösung.

Ermittlung der SFO

Im Juli gab die SFO bekannt, dass sie sich entschlossen hat, die Angelegenheit im Zusammenhang mit dem LIBOR zu untersuchen. In diesem Zusammenhang hat die Bank Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet. Die Untersuchungen der SFO laufen, auch im Hinblick auf die Bank.

Für eine Beschreibung der zivilrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen siehe den Abschnitt unten „Zivilverfahren in Bezug auf den Libor und andere Bezugswerten“.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht praktikabel, eine Einschätzung der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Angelegenheiten abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese Angelegenheiten gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf den LIBOR und andere Bezugswerten

Im Anschluss an die Vergleiche bezüglich der zuvor im Abschnitt „Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Bezugswerte“ erwähnten Ermittlungen haben eine Reihe von Privat- und Geschäftskunden in verschiedenen Ländern Zivilklagen gegen die Gruppe im Zusammenhang mit dem LIBOR und/oder anderen Bezugswerten angedroht oder eingereicht. Während einige dieser Fälle zurückgewiesen wurden, und in einigen eine Einigung erreicht werden konnte, die noch unter der Bedingung der Genehmigung des Gerichtes steht (und im Falle von Sammelklagen unter der Maßgabe des Rechtes von an der Sammelklage Beteiligten, die Einigung für sich abzulehnen und zu versuchen, eine eigene Klage zu erheben), laufen andere Verfahren weiter, und die letztlichen Auswirkungen sind unklar.

Hintergrundinformationen

Eine Reihe von Privat- und Geschäftskunden in verschiedenen Ländern haben Zivilklagen gegen die Gruppe und andere Banken im Zusammenhang mit Manipulationen des LIBOR und/oder anderer Bezugswerte angedroht oder anhängig gemacht.

USD-LIBOR-Klagen vor dem MDL-Gericht

Die Mehrzahl der in verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen werden für vorprozessuale Zwecke vor einem Einzelrichter (*single judge*) des SDNY (*multi district litigation court (MDL-Gericht)*) gemeinsam verhandelt.

In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Bank und die anderen Banken hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des *U.S. Sherman Antitrust Act (Antitrust Act)*, des *Commodity Exchange Act (CEA)*, des *U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO)* sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten.

In den Klagen wird Schadensersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in fünf Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, einschließlich der Bank, Schadensersatz in Höhe von zusammen mehr als USD 1,25 Mrd., zuzüglich Strafschadensersatz, fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadensersatz in dreifacher Höhe (*trebling of damages*) nach Maßgabe der Bestimmungen des *Antitrust Act* und des *RICO* gefordert.

Die vorgelegten Sammelklagen sollen (u. a.) im Namen von Klägern anhängig gemacht werden, die (i) USD-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt (OTC-Gruppe), (ii) USD-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben (Börsengeschäft-Gruppe), (iii) USD-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben (Schuldtitel-Gruppe), (iv) auf USD-LIBOR-bezogene variabel verzinsliche Hypotheken (Hauseigentümer-Gruppe) erworben oder (v) auf USD-LIBOR-bezogene Darlehen (Darlehensgeber-Gruppe) vergeben haben.

Im August 2012 hat das MDL-Gericht alle neu vorgelegten Sammelklagen und Einzelklagen ausgesetzt (Ausgesetzte Klagen). Im März 2013, August 2013 und Juni 2014 erging eine Reihe von Entscheidungen des MDL-Gerichts, mit denen die Mehrzahl der Klagen gegen die Bank und andere beklagte Panel-Banken in den drei so bezeichneten Hauptsammelklagen (Hauptsammelklagen) und drei Haupteinzelklagen (Haupteinzelklagen) abgewiesen wurde.

Im July 2014 hat das MDL-Gericht der Fortsetzung der Ausgesetzten Klagen stattgegeben, und eine Reihe der Kläger hat abgeänderte Anträge eingereicht. Das MDL-Gericht hat in der Folge eine Reihe von Anträgen der Haupteinzelklagen und alle Sammelklagen der Hauseigentümer-Gruppe und alle Sammelklagen der Darlehensgeber-Gruppe abgewiesen. Im Mai 2016 hat das Berufungsgericht das Urteil des MDL-Gerichts aufgehoben und entschieden, dass die Kläger der Hauptsammelklagen, einschließlich der Kläger der Schuldtitel-Gruppe, und der Haupteinzelklagen keinen Schaden unter dem *Antitrust Act* erlitten hätten, und verwies die Kartellrechtsklagen zurück und verlangte eine weitere Prüfung der Ansprüche und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten durch das MDL-Gericht.

Im Dezember 2014 hat das MDL-Gericht eine vorläufige Genehmigung für die Vergleiche der verbliebenen Ansprüche der Börsengeschäft-Gruppe über USD 20 Mio. erteilt. Die endgültige Zustimmung bedarf der Vorlage eines Verteilungsplans für die Vergleichserlöse durch die Kläger, der für das MDL-Gericht akzeptabel ist.

Im November 2015 wurden die Klagen der OTC-Gruppe für eine Zahlung in Höhe von USD 250 Mio. beigelegt. Für den Vergleich steht die endgültige Genehmigung durch das Gericht noch aus.

EURIBOR-Fall vor dem SDNY

Im Februar 2013 wurde gegen Barclays PLC, die Bank, BCI und weitere EURIBOR-Panel-Banken eine Sammelklage im Zusammenhang mit dem EURIBOR bei der SDNY eingereicht. Die Kläger machten Ansprüche unter dem Kartellrecht, CEA, RICO und der ungerechtfertigten Bereicherung im Zusammenhang mit EURIBOR-Manipulationen geltend. Im Oktober 2015 wurde über die Sammelklage ein Vergleich in Höhe von USD 94 Mio. geschlossen, der noch unter der Bedingung der Genehmigung des Gerichts steht. Der Vergleich wurde durch das Gericht vorläufig genehmigt, die endgültige Genehmigung steht jedoch noch aus.

Verfahren wegen Wertpapierbetrugs vor dem SDNY

Barclays PLC, die Bank und BCI wurden des Weiteren gemeinsam mit vier früheren Führungskräften und Direktoren der Bank in einer wertpapierrechtlichen Sammelklage vor dem SDNY im Zusammenhang mit der Rolle der Bank als zum LIBOR beitragenden Panel-Bank als Beklagte benannt. Im November 2015 wurde über die Sammelklage ein Vergleich in Höhe von USD 14 Mio. geschlossen, zu dem das Gericht die endgültige Genehmigung im März 2016 erteilt hat.

Weitere USD-LIBOR-Klage vor dem SDNY

Im Februar 2013 wurde beim SDNY eine weitere Einzelklage gegen die Bank und andere beklagte Panel-Banken eingeleitet. Der Kläger brachte vor, die beklagten Panel-Banken hätten zusammengewirkt, um den USD-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zu einem Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Im April 2015 wies das Gericht die Klage zurück. Der Antrag des Klägers auf Erlaubnis zur Einreichung einer weiteren, abgeänderten Klageschrift ist noch nicht beschieden.

Sterling-LIBOR-Klage im SDNY

Im Mai 2015 wurde eine als Sammelklage bezeichnete Klage im SDNY gegen die Bank und andere Sterling-LIBOR-Panel-Banken durch einen Kläger begonnen, der sich in börslich gehandelten und

OTC-Derivaten, die an den Sterling-LIBOR gekoppelt waren, engagiert hatte. In der Klageschrift wird u. a. behauptet, die Bank und die übrigen Panel-Banken hätten den Sterling-LIBOR-Satz zwischen 2005 und 2010 manipuliert und durch dieses Verhalten gegen Bestimmungen des CEA, des Kartellrechts sowie des RICO verstoßen. Zu Beginn des Jahres 2016 wurde diese Sammelklage mit einer weiteren als Sammelklage bezeichneten Klage zusammengefasst, die ähnliche Anschuldigungen gegen die Bank und BCI und andere Sterling LIBOR-Panel-Banken erhob. Die Beklagten haben beantragt, die Klage abzuweisen.

Klage vor dem US-Bezirksgericht von Kalifornien

Im Juli 2012 wurde eine vor dem US-Bezirksgericht von Kalifornien (*District Court for the Central District of California*) anhängige Sammelklage um behauptete Vorwürfe im Zusammenhang mit dem USD-LIBOR und die Benennung der Bank als Beklagte erweitert. Die erweiterte Klageschrift wurde im Namen einer Ansprüche erhebenden Klägergruppe eingereicht, die sich u. a. aus Inhabern von auf USD-LIBOR-bezogenen variabel verzinslichen Hypotheken zusammensetzt. Im Januar 2015 stimmte das Gericht dem Antrag der Bank auf ein Schnellverfahren zu und wies alle verbliebenen Klagen gegen die Bank ab. Der Kläger hat gegen die Entscheidung des Gerichts Berufung eingelegt.

Japanischer Yen-LIBOR-Klagen vor dem SDNY

Im April 2012 reichte ein Kläger, der an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt war, eine Sammelklage gegen die Bank und andere Panel-Banken für den Japanischer Yen-LIBOR vor dem SDNY ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der *Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate* (Euroyen-TIBOR), dem die Bank nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u.a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und des Verstoßes gegen Bestimmungen des CEA sowie des *Antitrust Act* im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. Im März 2014 wies das Gericht die kartellrechtlichen Klagen des Klägers vollumfänglich ab, gab jedoch den Klagen des Klägers gemäß den Bestimmungen des CEA statt, diese laufen noch.

Im Juli 2015 wurde eine zweite Sammelklage mit Bezug zum Yen LIBOR gegen Barclays PLC, die Bank und BCI beim SDNY eingereicht. Die Klage macht Verletzungen des *Antitrust Act* und des RICO zwischen 2006 und 2010 mit der Behauptung von Tatsachen geltend, die im Wesentlichen denen der Sammelklage vom April 2012 entsprechen. Die Beklagten haben beantragt, die Klage abzuweisen.

SIBOR/SOR-Fall vor dem SDNY

Im July 2016 wurde eine Sammelklage vor dem SDNY gegen Barclays PLC, die Bank und BCI und andere Beklagte begonnen, mit der die Manipulation der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Singapore Swap Offer Rate (SOR) geltend gemacht wurde. Mit der Klage werden unter anderem die Manipulation der SIBOR- und SOR-Werte sowie Verletzungen des *Antitrust Act* und des RICO zwischen 2007 und 2010 behauptet. Barclays erwartet die Beantragung der Klageabweisung.

Verfahren in Bezug auf Bezugswerte außerhalb der USA

Neben den Klagen in den USA sind gegen die Gruppe in zahlreichen Ländern Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den angeblichen LIBOR- und EURIBOR-Manipulationen angestrengt oder angedroht worden. Die Zahl dieser Verfahren, der Referenzindizes, auf die sie sich beziehen, und der Länder, in denen sie angestrengt werden können, hat sich im Laufe der Zeit erhöht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Untersuchungen zu Devisenkursen

Eine Reihe von Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden haben verschiedene Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Verkauf und dem Handel mit Devisen, einschließlich des elektronischen Handels untersucht. Einige dieser Untersuchungen schließen verschiedene Marktteilnehmer in

unterschiedlichen Ländern ein. Die Gruppe hat Vergleiche mit der CFTC, dem DOJ, dem *New York State Department of Financial Services (NYDFS)*, dem *Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve)* und der FCA (zusammen die Streitbeilegenden Behörden) im Hinblick auf eine Reihe dieser Untersuchungen erreicht, wie unten ausführlicher beschrieben. Untersuchungen durch die europäische Kommission (Kommission), das *Administrative Council for Economic Defence* in Brasilien und die südafrikanische Wettbewerbsbehörde dauern an.

Hintergrundinformationen

Im Jahre 2015 hat die Gruppe Vergleiche mit den Streitbeilegenden Behörden im Hinblick auf Untersuchungen bestimmter Verkaufs- und Handelspraktiken im Devisenmarkt erreicht. Im Zusammenhang mit diesen Vergleichen hat die Gruppe zugestimmt, eine Strafzahlung von insgesamt etwa USD 2,38 Mrd. zu zahlen und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Gemäß der Einigung (*plea agreement*) mit dem DOJ hat Barclays PLC zusätzlich zu der Strafzahlung einer Bewährungsfrist von drei Jahren ab dem Zeitpunkt der endgültigen Entscheidung im Hinblick auf die Einigung zugestimmt, während die Barclays PLC unter anderem verpflichtet ist (i) keine Verstöße gegen Bundesgesetze der Vereinigten Staaten zu begehen, (ii) ein Complianceprogramm einzuführen und die Einführung fortzusetzen, welches darauf ausgerichtet ist, das Verhalten, das Grundlage der Einigung war, zu verhindern und aufzudecken, und (iii) die Compliance-Kontrollen sowie die internen Kontrollen zu verstärken, wie dies von den jeweiligen Aufsichts- oder Strafverfolgungsbehörden verlangt wird. Die Vereinbarung mit der DOJ muss noch durch das Gericht abschließend genehmigt werden. Die Gruppe informiert die Streitbeilegenden Behörden weiterhin laufend.

Von der Bank und der New Yorker Niederlassung der Bank wurde des Weiteren verlangt, weiterhin den unabhängigen Überwacher zu engagieren, der zuvor von der NYDFS ausgewählt wird, um eine umfassende Prüfung bestimmter Compliance-Programme, Richtlinien und Verfahren durchzuführen. Im Februar 2016 hat Barclays den Vertrag mit diesem Überwacher mit dem Einverständnis der NYDFS beendet.

Der vollständige Text der Einigung mit dem DOJ, die Anordnungen der CFTC, NYDFS und der *Federal Reserve* sowie der endgültige Bescheid der FCA im Hinblick auf die oben beschriebenen Vergleiche sind auf den jeweiligen Internetseiten der Streitbeilegenden Behörden öffentlich verfügbar.

Die im Mai 2015 erzielten Vergleiche umfassten nicht die Untersuchungen des elektronischen Handels im Devisenmarkt. Im November 2015 hat die Bank angekündigt, dass sie einen Vergleich mit der NYDFS im Hinblick auf deren Untersuchungen gegen die Bank und die New Yorker Niederlassung der Bank zu deren elektronischem Devisenhandel und den Handelssystemen für Devisen im Zeitraum zwischen 2009 bis 2014 erreicht hat, gemäß der die NYDFS eine zivilrechtliche Strafzahlung in Höhe von USD 150 Mio. auferlegt hat, in erster Linie für das Versagen bestimmter interner Systeme und Kontrollen.

Die FCA untersucht des Weiteren historische Preispraktiken der Bank, die im Zusammenhang mit bestimmten Devisentransaktionen für bestimmte Kunden zwischen 2005 und 2012 stehen. Die Bank kooperiert mit der FCA im Hinblick auf die vorgeschlagenen Bedingungen und den Zeitrahmen für angemessene Wiedergutmachungen für die Kunden.

Für eine Beschreibung der zivilrechtlichen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen entstehen, siehe den Abschnitt „Zivilklagen in Bezug auf den Devisenhandel“ unten.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Eine Rückstellung in Höhe von GBP 290 Mio. für Wiedergutmachungszahlungen an bestimmte Kunden wurde im dritten Quartal 2015 im Zusammenhang mit den Untersuchungen der FCA zu historischen Preispraktiken der Bank bei bestimmten Devisentransaktionen wie oben beschrieben gebildet. Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug zu Devisen

Konsolidierte Wechselkurs-Klage

Beginnend im November 2013 wurden beim SDNY eine Reihe Zivilklagen im Namen von Klägern, die in Klägergruppen (*proposed classes of plaintiffs*) zusammengefasst werden sollen, eingereicht, im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß nach dem *Antitrust Act* sowie nach dem Recht des Bundesstaates New York behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Bank, als Beklagte genannt werden. Im Februar 2014 hat das SDNY sämtliche zu diesem Zeitpunkt rechtshängigen, im Namen von US-Personen eingereichten Klagen zu einer einzigen Klage zusammengefasst (Konsolidierte Wechselkurs-Klage). Im September 2015 haben die Bank und BCI die Konsolidierte Wechselkurs-Klage über USD 384 Mio. verglichen. Der Vergleich selbst bedarf noch der endgültigen Genehmigung des Gerichts und gilt unter Maßgabe des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und zu versuchen, ihre eigenen Klagen geltend zu machen.

ERISA Wechselkurs-Klage

Seit Februar 2015 wurden einige andere Zivilklagen im SDNY im Namen von vorgeschlagenen Klägergruppen erhoben, mit denen andere rechtliche Theorien im Hinblick auf Schädigungen geltend gemacht wurden (über die mit der Konsolidierten Wechselkurs-Klage geltend gemachten hinaus), und in denen Schäden in Verbindung mit Barclays mutmaßlicher Manipulation von Wechselkursen behauptet und diverse internationale Banken, darunter Barclays PLC, die Bank und BCI als Beklagte benannt werden. Eine dieser konsolidierten Klagen macht Ansprüche aus dem US-Pensionsfürsorge-Gesetz (*U.S. Employee Retirement Income Security Act (ERISA)*) geltend („ERISA-Klage“); die in der Klage enthaltenen Behauptungen zu Verhalten umfassen sowohl Wiederholungen der in anderen Fällen vorgebrachten Anschuldigungen, als auch zusätzliche Behauptungen über ERISA-Pläne. Das Gericht hat entschieden, dass Behauptungen zu ERISA, die kollusive Manipulationen von Devisenraten betreffen, von der Vergleichsvereinbarung zu der Konsolidierten Wechselkurs-Klage umfasst werden, hat jedoch nicht entschieden, ob Behauptungen, die von den Klägern zu ERISA als nicht-kollusive Manipulationen von Devisenraten beschrieben werden, ebenfalls durch die Vereinbarung abgedeckt sind. Barclays wird darauf hinwirken, dass die Klagen, die von den Klägern zu ERISA als nicht-kollusiv charakterisiert werden, und damit abzuweisen sind, da sie durch die Vereinbarung abgedeckt werden, und so die Klage aus rechtlichen Gründen zurückzuweisen ist.

Einzelhandels-Klage

Eine weitere Klage gegen eine Reihe internationaler Banken, einschließlich Barclays PLC und BCI, wurde im *Northern District of California* für eine als so bezeichnete Gruppe von Einzelpersonen eingereicht (und später an den SDNY verwiesen), die Währungen auf Einzelhandels-Basis in Bankniederlassungen wechselten (*Retail Basis-Ansprüche*). Das Gericht hat entschieden, dass die *Retail-Basis-Ansprüche* durch die Vergleichsvereinbarung für die Konsolidierte Wechselkurs-Klage nicht umfasst sind. Barclays wird darauf hinwirken, dass die *Retail-Basis-Ansprüche* aus rechtlichen Gründen zurückgewiesen werden.

Last-Look-Klage

Zusätzlich wurden im November 2015 und Dezember 2015 zwei zusätzliche Zivilklagen beim SDNY für eine vorgeschlagene Klägergruppe eingereicht, mit denen Verletzungen aufgrund von als inkorrekt behaupteten Zurückweisungen von Handelstätigkeit der Kunden durch Barclays *Last-Look*-System geltend gemacht werden. Im Februar 2016 haben die Bank und BCI eine dieser Klagen für USD 50 Mio. mit Geltung für die ganze Gruppe verglichen, die Genehmigung des Gerichts steht noch aus. (Die andere Klage wurde freiwillig zurückgenommen.) Mitglieder der Gruppe haben das Recht, aus diesem Vergleich auszusteigen und zu versuchen, ihre eigenen Klagen geltend zu machen.

Kanadische Wechselkurs-Klage

Der Konsolidierten Wechselkurs-Klage ähnliche Zivilrechtsklagen wurden vor kanadischen Gerichten für vorgeschlagene Klägergruppen eingereicht, die ähnliche tatsächliche Behauptungen zur Manipulation von Devisenkursen und zu den aus dieser Manipulation resultierenden Schäden unter Verletzung des kanadischen Rechts enthalten wie die US-Klagen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht praktikabel, die finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe, und wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten, einzuschätzen.

Ermittlungen in Bezug auf ISDAfix

Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, u. a. auch die CFTC, haben separate Ermittlungen zu den in der Vergangenheit im Hinblick auf den ISDAfix, neben anderen Bezugswerten, angewandten Geschäftspraktiken durchgeführt.

Im Mai 2015 schloss die CFTC ein Vergleich mit Barclays PLC, der Bank und BCI, nach welchem Barclays PLC, die Bank und BCI eine zivilrechtliche Strafe in Höhe von USD 115 Mio. im Zusammenhang mit den branchenweiten Untersuchungen der CFTC zur Fixierung des US-Dollar ISDAFIX-Referenzwertes zu zahlen haben, und sich damit einverstanden erklären, Wiedergutmachungsmaßnahmen zu ergreifen, sofern dies nicht schon geschehen ist.

Ermittlungen durch andere Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden dauern an. Für eine Beschreibung der zivilrechtlichen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen entstehen, siehe „Zivilklagen in Bezug auf ISDAFIX“.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf ISDAFIX

Mit Beginn im September 2014 wurde eine Reihe von Zivilklagen im Zusammenhang mit ISDAFIX bei der SDNY für eine vorgeschlagene Klägergruppe eingereicht, mit denen behauptet wurde, dass die Bank, eine Reihe anderer Banken und ein Makler durch Teilnahme an einer Konspiration zur Manipulierung des USD ISDAFIX den *Antitrust Act* und weitere einzelstaatliche Gesetze verletzt hätten. Diese Klagen wurden im Februar 2015 zusammengefasst.

Im April 2016 schlossen die Bank und BCI mit Klägern einen Vergleich, um die zusammengefasste Klage für USD 30 Mio. beizulegen, wodurch alle Klagen im Zusammenhang mit ISDAFIX vollständig beigelegt wurden, die von der Gruppe eingereicht wurden oder eingereicht werden könnten. Im Mai 2016 hat das Gericht den Vergleich vorläufig genehmigt, dieser bleibt unter der Bedingung der endgültigen Genehmigungen und steht unter der Maßgabe des Rechts der Mitgliedern der Gruppe, aus diesem Vergleich auszusteigen und zu versuchen, ihre eigenen Klagen geltend zu machen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen in Bezug auf Edelmetalle

Die Bank hat dem DOJ und anderen Aufsichtsbehörden Informationen bezüglich Ermittlungen in Verbindung mit Edelmetallen und edelmetall-bezogenen Finanzinstrumenten zukommen lassen.

Für eine Beschreibung der zivilrechtlichen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen entstehen, siehe „Zivilklagen in Bezug auf das Gold-Fixing“.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls

auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf das Gold-Fixing

Seit März 2014 wurden vor US-Bundesgerichten verschiedene Zivilklagen eingeleitet, die jeweils im Namen einer Gruppe von Sammelklägern anhängig gemacht werden sollen; der Bank und anderen Mitgliedern der London Gold Market Fixing Ltd. wird vorgeworfen, unter Verletzung der Bestimmungen des CEA, des Antitrust Act sowie des einzelstaatlichen Kartell- und Verbraucherschutzrechts die Preise von Gold und Derivatekontrakten in Gold manipuliert zu haben. Jede dieser Klagen wurde dem SDNY übertragen und im Hinblick auf Vor- und sonstige Verfahren zusammengefasst. Im April haben die Beklagten beantragt, die Klagen abzuweisen.

Eine entsprechende Klage wurde vor den kanadischen Gerichten für eine vorgeschlagene Klägergruppe eingereicht, die ähnliche tatsächliche Behauptungen im Hinblick auf die Manipulation der Preise für Gold unter Verletzung des kanadischen Rechts geltend macht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Aktivitäten und Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit US-Hypotheken

Die Aktivitäten der Gruppe im US-Hypothekensektor in den Jahren 2005 bis einschließlich 2008 umfassten:

das Sponsoring und Underwriting in Bezug auf Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 39 Mrd.,

die Übernahme des wirtschaftlichen Underwriting-Risikos in Bezug auf sonstige Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd.,

den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. an staatlich geförderte Unternehmen (*government sponsored enterprises* (GSE));

den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 3 Mrd. an andere Käufer, und

den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. (davon ausgenommen im entsprechenden Zeitraum verkaufte und anschließend wieder zurückgekauft Kredite im Volumen von ca. USD 500 Mio.), welche durch als Grundpfandrechtsbesteller (*mortgage originator*) fungierende verbundene Unternehmen einer Gesellschaft, welche die Gruppe im Jahr 2007 erworben hatte ("**Erworbene Tochtergesellschaft**"), ausgegeben und an Dritte verkauft wurden.

Während diesem Zeitraum betrieben verbundene Unternehmen der Gruppe Handel im Sekundärmarkt für *U.S. residential mortgage-backed securities* (RMBS) sowie *U.S. commercial-backed securities* (CMBS), und diese Handelsaktivitäten werden auch heute fortgeführt.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten und bestimmten Private-Label-Verbriefungen hat die Gruppe am 30. Juni 2016 zum Zeitpunkt des Verkaufs einen ausstehenden Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,2 Mrd.; ferner wurden von verschiedenen Parteien Zivilklagen angestrengt, in denen die Verpflichtung der Gruppe zum Rückkauf eines wesentlichen Teils dieser Kredite geltend gemacht wird.

Darüber hinaus ist die Gruppe an einem Verfahren beteiligt, das von einem Käufer von RBMS angestrengt wurden. Der zurzeit ausstehende RMBS-Nennbetrag in Bezug auf diese anhängigen Klagen gegen die Gruppe beläuft sich zum 30. Juni 2016 auf ungefähr USD 0,2 Mrd.

Aufsichts- und sonstige Behörden, darunter u.a. das DOJ, die SEC, der *Special Inspector General for the U.S. Troubled Asset Relief Program*, das *U.S. Attorney's Office for the District of Connecticut* und das *U.S. Attorney's Office for the Eastern District of New York*, haben weitreichende Ermittlungen in

Bezug auf Marktpraktiken in Verbindung mit *mortgage-backed securities* begonnen; die Gruppe kooperiert im Rahmen dieser Ermittlungen mit den zuständigen Behörden.

Forderungen auf RMBS-Rückkauf

Hintergrundinformationen

Die Gruppe hat in Bezug auf Folgendes entsprechende Kreditzusagen und -garantien (Z&G) alleine abgegeben:

von ihr gesponserte Verbriefungen im Volumen von ca. USD 5 Mrd.;

von ihr an GSE verkaufte Kredite im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd.; und

an andere Käufer verkaufte Kredite im Volumen von ca. USD 3 Mrd.

Zusätzlich hat die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf alle von ihr an Dritte verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. entsprechende Z&G abgegeben.

Die Z&G in Bezug auf die übrigen von der Gruppe gesponserten Verbriefungen wurden hauptsächlich von Drittbestellern, als Deponent der Treuhandgesellschaft, direkt an die Verbriefungstreuhandgesellschaften einer Tochtergesellschaft der Gruppe abgegeben, und sind im Umfang begrenzt. Für die meisten Z&G wurden keine zeitlichen Begrenzungen von Seiten der Gruppe, der Erworbenen Tochtergesellschaft oder dieser Drittbesteller angegeben.

Unter bestimmten Umständen kann die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die Z&G nicht eingehalten werden.

Hinsichtlich der spätestens am 30. Juni 2016 eingegangenen, noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit allen Z&G, die die Gruppe oder die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf an GSE und andere Käufer verkaufte Kredite und in Bezug auf Private-Label-Aktivitäten abgegeben haben, bestand zum Zeitpunkt des Verkaufs ein ursprünglicher ausstehender Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,2 Mrd.

Die vorstehend beschriebenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Zivilklagen, die von den Treuhändern für bestimmte Verbriefungen in Form von RMBS eingeleitet wurden und im Rahmen derer die Treuhänder behaupten, die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft müsse Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen Z&G vorliegt. Dieser Treuhänder sowie alle anderen Parteien, die einen Rückkauf fordern, haben im Rahmen dieser Klagen ferner geltend gemacht, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die operativen Z&G bezüglich eines höheren (jedoch nicht bezifferten) Betrages der Kredite vorliegt, als des zuvor von den Treuhändern in ihren konkreten Forderungen auf Rückkauf angegebenen Betrages. Kumulativ realisierte Verluste im Hinblick auf durch Z&G abgedeckte Kredite durch die Gruppe oder die Erworbene Tochter belaufen sich mit Stand zum 30. Juni 2016 auf etwa USD 1,3 Mrd. Sämtliche Rechtsstreitigkeiten bezüglich Forderungen auf Rückkauf befinden sich noch in einer frühen Phase.

Die Erworbene Tochtergesellschaft ist darüber hinaus Beklagte einer weiter fortgeschrittenen Zivilklage, mit der u.a. eine Freistellung von Schäden angestrebt wird, die ein Darlehenskäufer angeblich als Konsequenz behaupteter Verletzungen der von der Erworbenen Tochtergesellschaft in Verbindung mit Darlehensverkäufen an den Käufer im Zeitraum von 1997 bis 2007 abgegebenen Z&G erlitten hat. Dieser Prozess dauert an.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Wertpapierklagen im Zusammenhang mit RMBS

Hintergrundinformationen

Infolge einiger der vorstehend beschriebenen RMBS-Aktivitäten war die Gruppe an verschiedenen von Käufern von RMBS, hinsichtlich derer die Gruppe als Sponsor und/oder Underwriter fungiert hatte, im Zeitraum von 2005 bis 2008 angestregten Verfahren beteiligt. Grundsätzlich wurde in diesen Verfahren u. a. geltend gemacht, die Angebotsmaterialien zu den RMBS, auf die sich diese Käufer angeblich verlassen haben, hätten sachlich falsche oder irreführende Darstellungen und/oder Auslassungen enthalten, und generell wurde die Rückabwicklung und Herausgabe der für die RMBS gezahlten Gegenleistung sowie eine Ersatzleistung für die infolge des Eigentums an den RMBS entstandenen finanziellen Verluste verlangt. Die Gruppe hat eine Reihe dieser Klagen beigelegt, lediglich eine Klage ist noch anhängig.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Etwa USD 0,2 Mrd. des ursprünglichen RMBS-Nennbetrages im Zusammenhang mit den verbliebenen anhängigen Klagen stand zum 30. Juni 2016 noch aus. Es bestanden praktisch keine kumulierten realisierten Verluste auf die RMBS zum 30. Juni 2016. Die Gruppe erwartet nicht, dass diese Verluste im Falle einer Niederlage im Hinblick auf die verbleibende anhängige Klage wesentlich wären. Der Gruppe steht möglicherweise ein Anspruch auf Entschädigung für einen Teil dieser Verluste zu.

Ermittlungen in Bezug auf Hypotheken

Zusätzlich zu den Forderungen auf RMBS-Rückkauf sowie den Wertpapierklagen in Zusammenhang mit RMBS ermitteln mehrere Aufsichts- und sonstige Behörden in Bezug auf verschiedene Aspekte des Hypotheken-Business. Die Gruppe beantwortet fortlaufend die Anfragen der Bezirksstaatsanwaltschaft New York (*U.S. Attorney's Office for the Eastern District of New York*) im Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe RMBS der *Financial Fraud Enforcement Task Force* (Arbeitsgruppe RMBS), die zur Untersuchung des vor der Finanzkrise aufgetretenen Fehlverhaltens im Zusammenhang mit Hypothekengeschäften gegründet wurde. In Verbindung mit einigen Ermittlungen durch Mitglieder der Arbeitsgruppe RMBS kam es zum Abschluss von Vergleichsvereinbarungen mit einer Anzahl von Finanzinstituten, die zur Beilegung von Klagen im Zusammenhang mit dem Underwriting, der Besicherung und dem Verkauf von mit Wohnhypotheken gesicherten Wertpapieren mit erheblichen Geldzahlungen einhergingen. Die Gruppe hat darüber hinaus Anfragen für Informationen und Vorladungen von der SEC, der Bezirksstaatsanwaltschaft Connecticut (*U.S. Attorney's Office for the Eastern District of Connecticut*) und dem *Special Inspector General for the Troubled Asset Relief Program* (SIGTARP) im Zusammenhang mit Handelspraktiken auf dem Sekundärmarkt sowohl für RMBS als auch für CMBS erhalten. Einige dieser Ermittlungen befinden sich im fortgeschrittenen Stadium.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist jedoch derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

American Depositary Shares

Gegen Barclays PLC, die Bank und verschiedene gegenwärtige und ehemalige Mitglieder des *Board of Directors* von Barclays PLC wurde eine Wertpapier-Sammelklage gebündelt vor dem SDNY anhängig gemacht, in der Unrichtigkeiten und Auslassungen in den Angebotsdokumenten für bestimmte von der Bank angebotene *American Depositary Shares*, die von der Bank im April 2008 mit einem ursprünglichen Nennbetrag von USD 2,5 Mrd. begeben wurden (das Angebot aus dem April 2008), geltend gemacht werden.

Hintergrundinformationen

Die Kläger machen Ansprüche gemäß dem *Securities Act of 1933* geltend, wobei der Vorwurf erhoben wird, die Angebotsdokumente für das Angebot aus dem April 2008 hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen (unter anderem) in Bezug auf das Portfolio der Bank aus hypothekenbezogenen Wertpapieren (darunter US-subprime-bezogene Positionen), die Risikopositionen der Bank im

Hypotheken- und Kreditmarkt und die Finanzlage der Bank aufgewiesen. Die Kläger haben die Höhe ihres ersuchten Schadensersatzes nicht spezifiziert.

Im Juni 2016 bestätigte das SDNY die Klage als eine Sammelklage.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

BDC Finance L.L.C.

BDC Finance L.L.C. (BDC) reichte beim *NY Supreme Court* eine Klage gegen die Bank ein, in deren Rahmen BDC die Verletzung eines Vertrags im Zusammenhang mit einem Portfolio aus *Total Return Swap*-Transaktionen, für die ein ISDA-Rahmenvertrag galt, bezogen (zusammen der "**Vertrag**"). Außerdem reichten Parteien, die BDC nahe stehen, im Zusammenhang mit dem Verhalten der Bank bezüglich des Vertrages Klage gegen die Bank und BCI beim Gericht des Staates Connecticut ein.

Hintergrundinformationen

Im Oktober 2008 reichte BDC beim *NY Supreme Court* eine Klage gegen die Bank ein, in der geltend gemacht wurde, die Bank habe gegen den Vertrag verstoßen, als sie im Oktober 2008 der Forderung von BDC nach Übertragung angeblicher überschüssiger Sicherheiten in Höhe von ca. USD 40 Mio. (Forderung) nicht nachkam.

BDC macht geltend, die Bank sei nach dem Vertrag nicht berechtigt gewesen, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, und selbst wenn die Bank nach dem Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, die Forderung vor der Übertragung zu bestreiten, habe es die Bank versäumt, die Forderung zu bestreiten. BDC verlangt Schadensersatz in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. zuzüglich Anwaltskosten, Auslagen und vorprozessualen Zinsen. Das Verfahren dauert an und eine Anhörung zu den Haftungsfragen ist derzeit für 2017 terminiert.

Im September 2011 wurden die Bank und BCI auch von der Anlageberaterin von BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (*Connecticut State Court*) auf Schadensersatz in unbestimmter Höhe verklagt, der angeblich durch das Verhalten der Bank im Zusammenhang mit dem Vertrag begründet sei; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem *Connecticut Unfair Trade Practices Act* sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Die Parteien haben einer Aussetzung des Verfahrens zugestimmt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

BDC hat Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessualen Zinsen gegen die Gruppe geltend gemacht. Dieser Betrag entspricht nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem die Gruppe im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgesetzt wäre.

Zivilklagen in Bezug auf den U.S. Anti-Terrorism Act

Im April 2015 wurde eine abgeänderte Sammelklage von ca. 250 Klägern anhängig gemacht. Gegenstand dieser Klage ist die Behauptung, dass die Bank sowie weitere Banken sich der versuchten Beteiligung schuldig gemacht und den *U.S. Anti-Terrorism Act* ("**ATA**") verletzt zu haben, indem sie der Regierung des Iran sowie einiger iranischer Banken bei der Durchführung von Transaktionen in Dollar behilflich gewesen sein sollen. Die Erlöse dieser Transaktionen sollen wiederum zur Finanzierung von Angriffen der Hisbollah gedient haben, durch die Familienmitglieder der Kläger zu Schaden gekommen sein sollen. Gemäß den Bestimmungen des ATA, laut derer alle nachgewiesenen Schäden dreifach entschädigt werden müssen, machen die Kläger Entschädigungsansprüche für

physische Schmerzen, Leid und seelische Qualen geltend. Nach dem Antrag der Bank auf Klageabweisung reichten die Kläger im Juli 2016 einen zweiten, geänderten Antrag ein.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

US-Zivilklage in Bezug zu Interest Rate Swaps

Barclays PLC, die Bank und BCI wurden, zusammen mit anderen Kreditinstituten, die als Marktmacher für Interest Rate Swaps (IRS), Trade Web und ICAP tätig sind, als Beklagte in einer Reihe von kartellrechtlichen Sammelklagen benannt, die beim SDNY konsolidiert sind. Mit den Klagen wird geltend gemacht, dass die Beklagten konspiriert hätten, um die Entwicklung eines Marktes für IRS zu verhindern, und es werden nicht spezifizierte Geldentschädigungen, verdreifachten Schadensersatz und Rechtsverfolgungskosten gefordert. Zu den Klägern gehören eine Reihe von Swap Execution Facilities sowie auch Investoren der Käuferseite. Die Investoren der Käuferseite machen geltend, eine Klägergruppe zu repräsentieren, die Transaktionen im Bereich der Fixed-For-Floating-IRS mit Beklagten in den USA vom 1. Januar 2008 bis dato vorgenommen hat, einschließlich beispielsweise US-Pensionskassen und Pensionsfonds, Gemeinden, Universitätsstiftungen, Unternehmen, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug zu Treasury-Wertpapierauktionen

Eine Reihe von als Sammelklage geltend gemachten Beschwerden wurde bei U.S.-Bundesgerichten gegen BCI und andere Kreditinstitute eingereicht, die als Ersthändler für U.S.-Staatsanleihen (US Treasury Securities) tätig wurden. Die Beschwerden wurden oder werden derzeit beim *Federal Court* in New York konsolidiert. Die Beschwerden machen im Allgemeinen geltend, dass die Beklagten konspiriert hätten, um den Markt für US-Staatsanleihen unter Verletzung des U.S.-Bundeskartellrechts, des CEA und des einzelstaatlichen Common Laws zu manipulieren. Einige Beschwerden machen des Weiteren geltend, dass die Beklagten an einem illegalen „Spoofing“ des Marktes für US-Staatsanleihen teilgenommen hätten. Die Gruppe prüft die Behauptungen in den Beschwerden und hält alle zuständigen Behörden informiert.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen in Bezug zum Americas Wealth & Investment Management Beratungsgeschäft

Die SEC ermittelt im Hinblick auf die fehlende Durchführung von Sorgfaltsprüfungen (*due diligence*) im Hinblick auf externe Manager durch die Manager Research-Abteilung des amerikanischen Investment-Beratungsgeschäft von Barclays, das Barclays' Wealth & Investment Management, Americas, und die Gruppe beantwortet Informationsanfragen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Untersuchungen zum Privatkundenhandel mit strukturierten Produkten

Die Gruppe kooperiert bei einer strafrechtlichen Ermittlung, die durch die FCA im Zusammenhang mit strukturierten Depotprodukten, die Kunden im Vereinigten Königreich von Juni 2018 bis dato angeboten wurden, aufgenommen wurde.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Untersuchungen im Hinblick auf den Verdacht von Geldwäsche im Zusammenhang mit Devisentransaktionen in Südafrika

Absa Bank Limited, eine Tochtergesellschaft der Barclays Africa Group Limited, hat mögliche betrügerische Aktivitäten bei einigen ihrer Kunden unter Nutzung von Importvorauszahlungen für die Durchführung von Devisentransfers von Südafrika auf Konten von Begünstigten in Asien, dem Vereinigten Königreich, Europa und den USA entdeckt. Als Folge daraus führt die Gruppe eine Überprüfung der relevanten Aktivitäten, Prozesse, Systeme und Kontrollen durch. Die Gruppe hält die zuständigen Behörden im Hinblick auf den jeweiligen Status dieser Angelegenheit informiert und stellt den Behörden als Teil ihrer ständigen Kooperation Informationen zur Verfügung.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Ermittlungen der Portugiesischen Wettbewerbsbehörde

Die Portugiesische Wettbewerbsbehörde untersucht, ob es durch den Austausch von Informationen über Kreditprodukte für Kleinanleger, der über einen Zeitraum von 11 Jahren, unter besonderer Bezugnahme auf Hypotheken, Kundenkreditgewährung sowie Kreditgewährung an kleine und mittlere Unternehmen, zwischen 15 Banken in Portugal -darunter auch die Gruppe- stattfand, zu Verletzungen des Wettbewerbsrechts gekommen ist. Die Gruppe kooperiert im Rahmen dieser Ermittlungen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Kartellrechtliche Ermittlungen und Zivilklagen auf den Credit Default Swap (CDS)-Markt

Die Kommission und die DOJ-AD haben im Jahr 2011 bzw. 2009 Ermittlungen am CDS-Markt eingeleitet. Im Dezember 2015 hat die Kommission ihre Entscheidung angekündigt, die Untersuchungen im Hinblick auf die Bank und auf zwölf andere Banken einzustellen. Im Juli 2016 hat die Kommission ihre Entscheidung angekündigt, rechtlich bindende Verpflichtungen von jeder der noch von der Untersuchung betroffenen Einheiten, ISDA und Markit Ltd. für die Lizenzierung von Inputs für den CSD-Handel zu akzeptieren und die Untersuchungen einzustellen.

Die Untersuchung der Kommission bezog sich auf Bedenken im Hinblick auf Aktivitäten, die zur Verzögerung und Verhinderung der Entstehung von börsengehandelten Kreditderivatprodukten führten. Bei der Untersuchung des DOJ-AD handelt es sich um eine zivilrechtliche Untersuchung, die sich auf ähnliche Angelegenheiten bezieht. Eine zivile Sammelklage beim SDNY, die ähnliche Ansprüche

gegen die Bank, andere Kreditinstitute, Markit Ltd. und ISDA zum Gegenstand hatte, wurde für insgesamt USD 1,864 Mrd. verglichen (einschließlich einer Zahlung in Höhe von USD 170 Mio. durch die Bank). Der Vergleich wurde im April 2016 endgültig genehmigt und steht unter der Maßgabe des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und zu versuchen, ihre eigenen Klagen geltend zu machen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Abgesehen von dem oben beschriebenen Vergleich ist es derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Rückstellungen für rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten

Entschädigungen für Restschuldversicherung

Stand 30. September 2016

In den neun Monaten bis September 2016 wurden zusätzliche Rückstellungen in Höhe von GBP 1.000 Mio. (neun Monate bis September 2015: GBP 1.322 Mio.) für an Kunden im Vereinigten Königreich im Rahmen der Entschädigung für Restschuldversicherungen (*Payment Protection Insurance (PPI)*) zu leistende Entschädigungen gebildet. In dem zweiten Quartal 2016 wurden aufgrund einer Kostenschätzung Rückstellungen in Höhe von GBP 400 Millionen in erster Linie für laufende Sanierungsprogramme gebildet, in dem dritten Quartal 2016 wurden Rückstellungen in Höhe von GBP 600 Millionen gebildet, um der derzeitigen Einschätzung der Auswirkungen der im FCA-Konsultationspapier 16/20 vom 2. August 2016 vorgeschlagenen Änderung der Reklamationsfrist Rechnung zu tragen. Die Angemessenheit der Rückstellungen wird im Hinblick auf die sich derzeit noch im Konsultationsverfahren befindenden Vorschläge der FCA kontinuierlich überprüft werden. Die verbleibende PPI-Rückstellung belief sich zum September 2016 auf GBP 2,3 Milliarden (31. Dezember 2015: GBP 2,1 Milliarden).

Stand 30. Juni 2016

Mit Stand zum 30. Juni 2016 hatte die Gruppe kumulative Rückstellungen in Höhe von insgesamt GBP 7,8 Mrd. (31. Dezember 2015: GBP 7,4 Mrd.) für die Kosten der Entschädigung für PPI und zugehörige Bearbeitungskosten gebildet; bei einer Verwendung von GBP 5,9 Mrd. (31. Dezember 2015: GBP 5,3 Mrd.) verbleibt eine restliche Rückstellung in Höhe von GBP 2,0 Mrd. (31. Dezember 2015: GBP 2,1 Mrd.)

In dem zum 30. Juni 2016 endenden Halbjahr gingen 1,7 Mio. (31. Dezember 2015: GBP 1,6 Mio.) von Kunden initiierte Forderungen ein und wurden bearbeitet. Das Volumen der im Zeitraum H1 2016 eingegangenen Forderungen ist gegenüber dem Zeitraum H2 2015 um 4 % zurückgegangen (gestiegen um 1% von H1 2015). Dieser Rückgang vollzieht sich langsamer als zuvor, befindet sich jedoch innerhalb der Erwartungen.

Eine zusätzliche Charge in Höhe von GBP 0,4 Mrd. wurde anerkannt, um eine aktualisierte Kostenschätzung des PPI widerzuspiegeln, die in erster Linie im Zusammenhang mit fortdauernden Wiedergutmachungsprogrammen steht, einschließlich der im Zusammenhang mit einem zuvor verkauften Portfolio durch Dritte gemanagte Programme.

Zum 30. Juni 2016 entspricht die gesamte Rückstellung in Höhe von GBP 2 Mrd. der besten Schätzung der Gruppe im Hinblick auf die zu erwartenden PPI-Entschädigungen. Dennoch ist es möglich, dass das letztendliche Ergebnis von der aktuellen Schätzung abweicht. Die Gruppe wird auch in Zukunft die Angemessenheit der Höhe der Rückstellungen im Hinblick auf die Ausschlussfrist für Beschwerden prüfen, die von der FCA vorgeschlagen wurde, für die eine Bestätigung jedoch noch aussteht.

Die Rückstellung wird unter Zugrundelegung einer Reihe von Grundannahmen errechnet, welche auch weiterhin signifikante Einschätzung des Managements sowie Modelle beinhalten. Diese Einschätzungen bleiben subjektiv, insbesondere aufgrund der Unsicherheiten, die mit der zukünftigen Höhe von Ansprüchen verbunden sind, die auch Ansprüche umfassen, die durch das Tätigwerden einer Forderungsgemeinschaft gesteuert werden.

6. In dem Basisprospekt Prosper A wird in dem Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" der erste Absatz wie folgt ersetzt:

An dieser Stelle werden die per Verweis einbezogenen Informationen über die Emittentin bzw. die Gruppe, die in dem Gemeinsamen Geschäftsbericht, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2014, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2015, der Aktualisierung der Gruppenstrategie März 2016, der Ergebnisanpassung, der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2016 und der Q3 Ergebnisveröffentlichung 2016 enthalten sind, einbezogen.

7. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" der Unterabschnitt "**Directors**" jeweils wie folgt ersetzt:

Directors

Der folgenden Übersicht sind folgende Informationen zu entnehmen: die Directors der Bank, ihre jeweilige Position innerhalb der Gruppe sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Gruppe ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Gruppe von Bedeutung sind. Alle als Directors aufgeführten Personen haben jeweils die Geschäftsanschrift 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
John McFarlane	<i>Chairman</i>	<i>Chairman</i> der Barclays PLC; <i>Director</i> der Westfield Corporation; <i>Director</i> der Old Oak Holdings Limited; <i>Chairman</i> der The CityUK
James Staley	<i>Group Chief Executive Officer</i>	<i>Group Chief Executive Officer</i> , Barclays PLC
Tushar Morzaria	<i>Group Finance Director</i>	<i>Finance Director</i> , Barclays PLC
Mike Ashley	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; Mitglied des International Ethics Standards Board for Accountants; Mitglied des Institute of Chartered Accountants in England & Wales' Ethics Standards Committee; <i>Vice-Chairman</i> der European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group; <i>Chairman</i> der Government Internal Audit Agency; Mitglied des Board of The Charity Commission
Tim Breedon CBE	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Advisor</i> , Blackstone Group L.P.; <i>Chairman</i> Apex Global Alpha
Mary Francis CBE	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Non-Executive Director</i> der Swiss re Group; <i>Non-Executive Director</i> der Ensco plc
Crawford Gillies	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Chairman</i> der Control Risks Group Limited; <i>Senior Independent Director</i> der SSE plc
Sir Gerry Grimstone	<i>Deputy Chairman und Senior Independent Director</i>	<i>Deputy Chairman and Senior Independent Director</i> der Barclays PLC; <i>Chairman</i> der Standard Life plc; Deloitte LLP; <i>Lead non-executive</i> beim Ministry of Defence; Financial Services Trade and Investment

		Board; <i>The Shareholder Executive</i>
Reuben Jeffery III	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Chief Executive Officer, President und Director</i> , Rockefeller & Co., Inc. und Rockefeller Financial Services Inc.; Mitglied im International Advisory Council der China Securities Regulatory Commission; Mitglied im Advisory Board der Towerbrook Capital Partners LP; <i>Director</i> des Financial Services Volunteer Corps; International Advisory Committee, J. Rothschild Capital Management
Dambisa Moyo	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Non-Executive Director</i> der Chevron Corporation; <i>Non-Executive Director</i> der Barrick Gold Corporation; <i>Non-Executive Director</i> der Seagate Technology
Diane de Saint Victor	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>General Counsel, Company Secretary und Executive Director</i> der ABB Limited; Mitglied im Advisory Board des World Economic Forum's Davos Open Forum
Diane Schueneman	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC
Stephen Thieke	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC

UNTERSCHRIFTENSEITE

London, 10. November 2016

Barclays Bank PLC, London

Durch:

Katharina Pakendorf

Zeichnungsberechtigte

The following non-binding English language translation of parts of the foregoing German language content of the supplement dated 10 November 2016 to the RSSP Base Prospectus A dated 10 June 2016, RSSP Base Prospectus B dated 7 July 2016 and Prosper Base Prospectus A dated 21 October 2016 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

*Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung von Teilen des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 10. November 2016 zum RSSP Basisprospekt A vom 10. Juni 2016, RSSP Basisprospekt B vom 7. Juli 2016, RSSP und Prosper Basisprospekt A vom 21. Oktober 2016 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.*



10 November 2016

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WPPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 10 JUNE 2016 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 15 SEPTEMBER 2016

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP A SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS B DATED 7 JULY 2016 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS SUPPLEMENT
DATED 15 SEPTEMBER 2016

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS B**")

RELATING TO

EQUITY LINKED NON LINEAR SECURITIES (THE "**RSSP B SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

BASE PROSPECTUS PROSPER A DATED 21 OCTOBER 2016

(THE "**BASE PROSPECTUS PROSPER A**")

RELATING TO

NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES

(THE "**PROSPER A SECURITIES**")

(FIRST SUPPLEMENT)

(THE RSSP A SECURITIES, THE RSSP B SECURITIES AND THE PROSPER A SECURITIES, THE
"**SECURITIES**")

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom, and on the website of the Issuer <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses>.

TABLE OF CONTENTS

<u>Base Prospectus</u>	<u>Section of the Base Prospectus</u>	<u>Items of the Supplement</u>	<u>Page</u>
Base Prospectus Prosper A RSSP Base Prospectus A RSSP Base Prospectus B	INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE	1.	6
Base Prospectus Prosper A RSSP Base Prospectus A RSSP Base Prospectus B	GENERAL INFORMATION	2.	6
RSSP Base Prospectus A RSSP Base Prospectus B Base Prospectus Prosper A	INFORMATION RELATING TO THE ISSUER	3.	6f.
Base Prospectus Prosper A	INFORMATION RELATING TO THE ISSUER	4.	21
Base Prospectus Prosper A RSSP Base Prospectus A RSSP Base Prospectus B	INFORMATION RELATING TO THE ISSUER	5.	21ff.

The circumstance giving rise to this Supplement is to update the information relating to Barclays Bank PLC (the "Issuer") to reflect the Q3 2016 Results Announcement (as defined under number 1. below), filed with the U.S. Securities and Exchange Commission with Form 6-K on 27 October 2016 and published on this date (time of circumstances giving rise to this Supplement).

The following sections of the Base Prospectuses are effected by the changes:

1. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section **"INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE"** the first part of the list of documents incorporated by reference (until the end of the bullet point list) will be replaced by the following list:

INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been deposited with the Financial Conduct Authority ("FCA") and shall be incorporated in this Prospectus pursuant to section 11 paragraph 1 sentence 2 of WpPG:

- Page 1 to 433 of the joint Annual Report of Barclays PLC and Barclays Bank PLC (the "**Issuer**"), as filed with the U.S. Securities and Exchange Commission (the "**SEC**") on Form 20-F on 1 March 2016 in respect of the years ended 31 December 2014 and 31 December 2015 (the "**2015 Joint Annual Report**"); the Barclays Bank PLC data starting on page 434 will not be included;
 - the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2014 (the "**2014 Issuer Annual Report**") and 31 December 2015 (the "**2015 Issuer Annual Report**"), respectively;
 - the joint announcement of Barclays PLC and the Issuer relating to the Group Strategy Update, as filed with the SEC on Form 6-K on 1 March 2016 (the "**March 2016 Group Strategy Update**");
 - the Group Reporting Changes 2015 & 2014 Results Restatement Document of Barclays PLC, as filed with the SEC on Form 6-K on 15 April 2016 (the "**Restatement Document**");
 - the joint unaudited interim results announcement of Barclays PLC and the Issuer as filed with the SEC on Form 6-K on 29 July 2016 in respect of the six months ended 30 June 2016 (the "**2016 Interim Results Announcement**"); and
 - the joint unaudited Q3 results announcement of Barclays PLC and the Bank in respect of the nine months ended 30 September 2016, as filed with the SEC on Form 6-K on 27 October 2016 (the "**Q3 2016 Results Announcement**").
2. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section **"GENERAL INFORMATION"** the subsection **"Significant Change Statement"** will be replaced by the following:

Significant Change Statement

There has been no significant negative change in the financial or trading position of the Group since 30 September 2016.

3. In section **"INFORMATION RELATING TO THE ISSUER"** of the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the subsection **"Legal, Competition and Regulatory Matters"** will be replaced by the following:

Legal, Competition and Regulatory Matters

Barclays PLC (BPLC), the Bank and the Group face legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond the Group's control. The extent of the impact on BPLC, the Bank and the Group of these matters cannot always be predicted but may materially impact the Group's operations, financial results, condition and prospects. Matters arising from a set of similar circumstances can give rise to either a contingent liability or a provision, or both, depending on the relevant facts and circumstances. The Group has not disclosed an estimate of the potential financial effect on the Group of contingent liabilities where it is not currently practicable to do so.

Investigations into certain agreements and Civil Action

The Financial Conduct Authority (FCA) has alleged that BPLC and the Bank breached their disclosure obligations in connection with two advisory services agreements entered into by the Bank. The FCA has imposed a £50m fine. BPLC and the Bank are contesting the findings. The United Kingdom (UK) Serious Fraud Office (SFO), the United States (US) Department of Justice (DOJ) and the US Securities and Exchange Commission (SEC) are also investigating these agreements.

Background Information

The FCA has investigated certain agreements, including two advisory services agreements entered into by the Bank with Qatar Holding LLC (Qatar Holding) in June and October 2008 respectively, and whether these may have related to BPLC's capital raisings in June and November 2008. The FCA issued warning notices (Warning Notices) against BPLC and the Bank in September 2013.

The existence of the advisory services agreement entered into in June 2008 was disclosed but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under both agreements, which amount to a total of £322m payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the capital raisings in June and November 2008. While the Warning Notices consider that BPLC and the Bank believed at the time that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from the agreements, they state that the primary purpose of the agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the capital raisings.

The Warning Notices conclude that BPLC and the Bank were in breach of certain disclosure-related listing rules and BPLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of the Company's shares). In this regard, the FCA considers that BPLC and the Bank acted recklessly. The financial penalty in the Warning Notices against the Group is £50m. BPLC and the Bank continue to contest the findings.

The FCA has agreed that the FCA enforcement process be stayed pending progress in the SFO's investigation into the agreements referred to above, in respect of which the Group has received and has continued to respond to requests for further information.

In January 2016, PCP Capital Partners LLP and PCP International Finance Limited (PCP) served a claim on the Bank seeking damages of £721.4m plus interest and costs for fraudulent misrepresentation and deceit, arising from alleged statements made by the Bank to PCP in relation to the terms on which securities were to be issued to investors, including PCP, in the November 2008 capital raising. The Bank is defending the claim.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period. PCP has made a claim against the Bank totalling £721.4m plus interest and costs. This amount does not necessarily reflect the Bank's potential financial exposure if a ruling were to be made against it.

Investigations into certain business relationships

The DOJ and SEC are undertaking an investigation into whether the Group's relationships with third parties who assist BPLC to win or retain business are compliant with the US Foreign Corrupt Practices Act. Certain regulators in other jurisdictions have also been briefed on the investigations. Separately, the Group is cooperating with the DOJ and SEC in relation to an investigation into certain of its hiring practices in Asia and elsewhere and is keeping certain regulators in other jurisdictions informed.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Alternative Trading Systems and High-Frequency Trading

The SEC, the New York State Attorney General (NYAG) and regulators in certain other jurisdictions have been investigating a range of issues associated with alternative trading systems (ATSs), including dark pools, and the activities of high-frequency traders.

Background Information

In June 2014, the NYAG filed a complaint (NYAG Complaint) against BPLC and Barclays Capital Inc. (BCI) in the Supreme Court of the State of New York alleging, amongst other things, that BPLC and BCI engaged in fraud and deceptive practices in connection with LX, the Group's SEC-registered ATS. On 1 February 2016, Barclays reached separate settlement agreements with each of the SEC and the NYAG to resolve those agencies' claims against BPLC and BCI relating to the operation of LX for \$35m each.

Civil complaints have also been filed in New York Federal Court on behalf of a putative class of plaintiffs against BPLC and BCI and others generally alleging that the defendants violated the federal securities laws by participating in a scheme in which high-frequency trading firms were given informational and other advantages so that they could manipulate the US securities market to the plaintiffs' detriment. These complaints were consolidated (Trader Class Action), and in August 2015 the Court granted Barclays' motion to dismiss the Trader Class Action in its entirety. The plaintiffs have chosen not to appeal.

BPLC and BCI have also been named in a purported class action by an institutional investor client under California law based on allegations similar to those in the NYAG Complaint (California Class Action). This California Class Action was consolidated with the Trader Class Action for pre-trial purposes and was also dismissed in August 2015. The plaintiffs were permitted to file an amended complaint following this dismissal and the matter was transferred back to federal court in California.

Following the filing of the NYAG Complaint, BPLC and BCI were also named in a shareholder securities class action along with certain of its former CEOs, and its current and a former CFO, as well as an employee in Equities Electronic Trading (Shareholder Class Action). The plaintiffs claim that investors suffered damages when their investments in Barclays American Depositary Receipts declined in value as a result of the allegations in the NYAG Complaint. BPLC and BCI filed a motion to dismiss the complaint, which the court granted in part and denied in part. In February 2016, the court certified the action as a class action, which Barclays has appealed. BPLC and BCI continue to defend against both the California Class Action and the Shareholder Class Action.

Claimed Amounts/Financial Impact

The remaining complaints seek unspecified monetary damages and injunctive relief. It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

FERC

The US Federal Energy Regulatory Commission (FERC) has filed a civil action against the Bank and certain of its former traders in the US District Court in California seeking to collect

on an order assessing a \$435m civil penalty and the disgorgement of \$34.9m of profits, plus interest, in connection with allegations that the Bank manipulated the electricity markets in and around California. The US Attorney's Office in the Southern District of New York (SDNY) has informed the Bank that it is looking into the same conduct at issue in the FERC matter, and a civil class action complaint was filed in the US District Court for the SDNY against the Bank asserting antitrust allegations that mirror those raised in the civil suit filed by FERC.

Background Information

In October 2012, FERC issued an Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties (Order and Notice) against the Bank and four of its former traders in relation to their power trading in the western US. In the Order and Notice, FERC asserted that the Bank and its former traders violated FERC's Anti-Manipulation Rule by manipulating the electricity markets in and around California from November 2006 to December 2008, and proposed civil penalties and profit disgorgement to be paid by the Bank.

In September 2013, the criminal division of the US Attorney's Office in SDNY advised the Bank that it is looking at the same conduct at issue in the FERC matter.

In October 2013, FERC filed a civil action against the Bank and its former traders in the US District Court in California seeking to collect the \$435m civil penalty and disgorgement of \$34.9m of profits, plus interest.

In June 2015, a civil class action complaint was filed in the US District Court for the SDNY against the Bank by Merced Irrigation District, a California utility company, asserting antitrust allegations in connection with the Bank's purported manipulation of the electricity markets in and around California. The allegations mirror those raised in the civil suit filed by FERC against the Bank currently pending in the US District Court in California.

In October 2015, the US District Court in California ordered that it would bifurcate its assessment of liabilities and penalties from its assessment of disgorgement. FERC has filed and the Bank is opposing a brief seeking summary affirmance of the penalty assessment. The court has indicated that it will either affirm the penalty assessment, or require further evidence to determine this issue.

In December 2015, the Bank filed a motion to dismiss the civil class action for failure to state a claim, which the SDNY in February 2016 granted in part and denied in part.

Claimed Amounts/Financial Impact

FERC has made claims against the Bank and certain of its former traders totalling \$469.9m, plus interest, for civil penalties and profit disgorgement. The civil class action complaint refers to damages of \$139.3m. These amounts do not necessarily reflect the Bank's potential financial exposure if a ruling were to be made against it in either action.

Investigations into LIBOR and other Benchmarks

Regulators and law enforcement agencies, including certain competition authorities, from a number of governments have been conducting investigations relating to the Bank's involvement in manipulating certain financial benchmarks, such as LIBOR and EURIBOR. The Bank, BPLC and BCI have reached settlements with the relevant law enforcement agency or regulator in certain of the investigations, but others, including the investigations by certain US State Attorneys General, the SFO and the prosecutors' office in Trani, Italy and the Swiss Competition Commission remain pending.

Background Information

In June 2012, the Bank announced that it had reached settlements with the Financial Services Authority (FSA) (as predecessor to the FCA), the US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) and the DOJ Fraud Section (DOJ-FS) in relation to their investigations concerning certain benchmark interest rate submissions, and the Bank agreed to pay total penalties of £290m. The settlement with the DOJ-FS was made by entry into a Non-Prosecution Agreement which has now expired. In addition, the Bank was granted conditional leniency from the

DOJ Antitrust Division (DOJ-AD) in connection with potential US antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR. The DOJ granted final leniency to the Bank in May 2016.

Investigations by the US State Attorneys General

Following the settlements announced in June 2012, a group of US State Attorneys General (SAGs) commenced its own investigations into LIBOR, EURIBOR and the Tokyo Interbank Offered Rate. The Group has cooperated with the investigation throughout and is in advanced discussions with the SAGs about a potential resolution.

Investigation by the SFO

In July 2012, the SFO announced that it had decided to investigate the LIBOR matter, in respect of which the Bank has received and continues to respond to requests for information. The SFO's investigation, including in respect of the Bank, continues.

For a discussion of civil litigation arising in connection with these investigations see 'LIBOR and other Benchmarks Civil Actions'.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

LIBOR and other Benchmark Civil Actions

Following the settlements of the investigations referred to above in 'Investigations into LIBOR and other Benchmarks', a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group in relation to LIBOR and/or other benchmarks. While several of such cases have been dismissed and certain have settled subject to approval from the court (and in the case of class actions, the right of class members to opt-out of the settlement and to seek to file their own claims), other actions remain pending and their ultimate impact is unclear.

Background Information

A number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group and other banks in relation to manipulation of LIBOR and/or other benchmark rates.

USD LIBOR Cases in MDL Court

The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various US jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes before a single judge in the SDNY (MDL Court).

The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that the Bank and the other banks individually and collectively violated provisions of the US Sherman Antitrust Act (Antitrust Act), the Commodity Exchange Act (CEA), the US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) and various state laws by manipulating USD LIBOR rates.

The lawsuits seek unspecified damages with the exception of five lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total in excess of \$1.25bn in actual damages against all defendants, including the Bank, plus punitive damages. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the Antitrust Act and RICO.

The proposed class actions purported to be brought on behalf of (amongst others) plaintiffs that (i) engaged in USD LIBOR-linked over-the-counter transactions (OTC Class); (ii) purchased USD LIBOR-linked financial instruments on an exchange (Exchange-Based Class); (iii) purchased USD LIBOR-linked debt securities (Debt Securities Class); (iv) purchased adjustable-rate mortgages linked to USD LIBOR (Homeowner Class); or (v) issued loans linked to USD LIBOR (Lender Class).

In August 2012 the MDL Court stayed all newly filed proposed class actions and individual actions (Stayed Actions). In March 2013, August 2013 and June 2014, the MDL Court issued a series of decisions effectively dismissing the majority of claims against the Bank and other panel bank defendants in the three lead proposed class actions (Lead Class Actions) and three lead individual actions (Lead Individual Actions).

In July 2014, the MDL Court allowed the Stayed Actions to proceed and a number of plaintiffs filed amended complaints. The MDL Court subsequently dismissed a number of Lead Individual Action claims and all Homeowner Class and Lender Class claims. In May 2016, the appeal court reversed the MDL Court's holding that plaintiffs in the Lead Class Actions, including the Debt Securities Class, and Lead Individual Actions had not suffered an injury under the Antitrust Act, and remanded the antitrust claims for the MDL Court's further consideration of those claims and related issues.

In December 2014, the MDL Court granted preliminary approval for the settlement of the Exchange-Based Class claims for \$20m. Final approval of the settlement is awaiting plaintiff's submission of a plan for allocation of the settlement proceeds acceptable to the MDL Court.

In November 2015, the OTC Class claims were settled for \$120m. The settlement is subject to final court approval.

EURIBOR Case in the SDNY

In February 2013, a EURIBOR-related class action was filed against BPLC, the Bank, BCI and other EURIBOR panel banks in the SDNY. The plaintiffs asserted antitrust, CEA, RICO, and unjust enrichment claims relating to EURIBOR manipulation. In October 2015, the class action was settled for \$94m subject to court approval. The settlement has been preliminarily approved by the court but remains subject to final approval.

Securities Fraud Case in the SDNY

BPLC, the Bank and BCI were also named as defendants along with four former officers and directors of the Bank in a securities class action in the SDNY in connection with the Bank's role as a contributor panel bank to LIBOR. In November 2015, the class action was settled for \$14m with final court approval granted in March 2016.

Additional USD LIBOR Case in the SDNY

An additional individual action was commenced in February 2013 in the SDNY against the Bank and other panel bank defendants. The plaintiff alleged that the panel bank defendants conspired to increase USD LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at a low point in the market. In April 2015, the court dismissed the action. The plaintiff's motion to file a further amended complaint is pending.

Sterling LIBOR Case in SDNY

In May 2015, a putative class action was commenced in the SDNY against the Bank and other Sterling LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded and over-the-counter derivatives that were linked to Sterling LIBOR. The complaint alleges, among other things, that the Bank and other panel banks manipulated the Sterling LIBOR rate between 2005 and 2010 and, in so doing, committed CEA, Antitrust Act, and RICO violations. In early 2016, this class action was consolidated with an additional putative class action making similar allegations against the Bank and BCI and other Sterling LIBOR panel banks. Defendants have filed a motion to dismiss.

Complaint in the US District Court for the Central District of California

In July 2012, a purported class action complaint in the US District Court for the Central District of California was amended to include allegations related to USD LIBOR and names the Bank as a defendant. The amended complaint was filed on behalf of a purported class that includes holders of adjustable rate mortgages linked to USD LIBOR. In January 2015, the court granted the Bank's motion for summary judgement and dismissed all of the remaining claims against the Bank. The plaintiff has appealed the decision.

Japanese Yen LIBOR Cases in SDNY

A class action was commenced in April 2012 in the SDNY against the Bank and other Japanese Yen LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen TIBOR) panel, of which the Bank is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of the CEA and Antitrust Act between 2006 and 2010. In March 2014, the court dismissed the plaintiff's antitrust claims in full, but sustained the plaintiff's CEA claims, which are pending.

In July 2015, a second class action concerning Yen LIBOR was filed in the SDNY against BPLC, the Bank and BCI. The complaint alleges breaches of the Antitrust Act and RICO between 2006 and 2010 based on factual allegations that are substantially similar to those in the April 2012 class action. Defendants have filed a motion to dismiss.

SIBOR/SOR Case in the SDNY

A class action was commenced in July 2016 in the SDNY against BPLC, the Bank, BCI, and other defendants, alleging manipulation of the Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) and Singapore Swap Offer Rate (SOR). The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the SIBOR and SOR rates and breaches of the Antitrust Act and RICO between 2007 and 2011. Barclays expects to file a motion to dismiss the complaint.

Non-US Benchmarks Cases

In addition to US actions, legal proceedings have been brought or threatened against the Group in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR in a number of jurisdictions. The number of such proceedings in non-US jurisdictions, the benchmarks to which they relate, and the jurisdictions in which they may be brought have increased over time.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Foreign Exchange Investigations

Various regulatory and enforcement authorities have been investigating a range of issues associated with Foreign Exchange sales and trading, including electronic trading. Certain of these investigations involve multiple market participants in various countries. The Group has reached settlements with the CFTC, the DOJ, the New York State Department of Financial Services (NYDFS), the Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) and the FCA (together, the Resolving Authorities) with respect to certain of these investigations as further described below. Investigations by the European Commission (Commission), the Administrative Council for Economic Defence in Brazil and the South African Competition Commission, amongst others, also remain pending.

Background Information

In 2015, the Group reached settlements with the Resolving Authorities in relation to investigations into certain sales and trading practices in the Foreign Exchange market. In connection with these settlements, the Group agreed to pay total penalties of approximately \$2.38bn, and to undertake certain remedial actions.

Under the plea agreement with the DOJ, in addition to a criminal fine, BPLC agreed to a term of probation of three years from the date of the final judgement in respect of the plea agreement during which BPLC must, amongst other things, (i) commit no crime whatsoever in violation of the federal laws of the United States, (ii) implement and continue to implement a compliance program designed to prevent and detect the conduct that gave rise to the plea agreement and (iii) strengthen its compliance and internal controls as required by relevant regulatory or enforcement agencies. The agreement with DOJ is subject to final approval by the

court. The Group also continues to provide relevant information to certain of the Resolving Authorities.

The Bank and the Bank's New York branch were also required to continue to engage the independent monitor previously selected by the NYDFS to conduct a comprehensive review of certain compliance programs, policies, and procedures. In February 2016, Barclays terminated its engagement with the monitor with the agreement of the NYDFS.

The full text of the DOJ plea agreement, the orders of the CFTC, NYDFS and Federal Reserve, and the Final Notice issued by the FCA related to the settlements referred to above are publicly available on the Resolving Authorities' respective websites.

The settlements reached in May 2015 did not encompass investigations of electronic trading in the Foreign Exchange market. In November 2015, the Bank announced that it had reached a settlement with the NYDFS in respect of its investigation into the Bank and the Bank's New York branch electronic trading of Foreign Exchange and Foreign Exchange trading systems in the period between 2009 to 2014, pursuant to which the NYDFS imposed a civil monetary penalty of \$150m, primarily for certain internal systems and controls failures.

The FCA is also investigating historic pricing practices by the Bank associated with certain Foreign Exchange transactions for certain customers between 2005 and 2012. The Bank is co-operating with the FCA regarding the proposed terms and timing for appropriate customer redress.

For a discussion of civil litigation arising in connection with these investigations see 'Civil Actions in Respect of Foreign Exchange Trading' below.

Claimed Amounts/Financial Impact

A provision of £290m in redress costs for certain customers was recognised in Q3 2015 in relation to the FCA investigation into historic pricing practices by the Bank associated with certain Foreign Exchange transactions referred to above. It is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on the Group or what effect they might have on the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil Actions in respect of Foreign Exchange

Consolidated FX Action

Beginning in November 2013, a number of civil actions were filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of Foreign Exchange markets under the Antitrust Act and New York state law and naming several international banks as defendants, including the Bank. In February 2014, the SDNY combined all then-pending actions alleging a class of US persons in a single consolidated action (Consolidated FX Action). In September 2015, the Bank and BCI settled the Consolidated FX Action for \$384m. The settlement itself is subject to final court approval and the right of class members to opt-out of the settlement and to seek to file their own claims.

ERISA FX Action

Since February 2015, several other civil actions have been filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs purporting to allege different legal theories of injury (other than those alleged in the Consolidated FX Action) related to alleged manipulation of Foreign Exchange rates and naming several international banks as defendants, including BPLC, the Bank and BCI. One such consolidated action asserts claims under the US Employee Retirement Income Security Act (ERISA) statute (ERISA Claims) and includes allegations of conduct that are duplicative of allegations in the other cases, as well as additional allegations about ERISA plans. The Court has ruled that the ERISA allegations concerning collusive manipulation of FX rates are covered by the settlement agreement in the Consolidated FX Action, but has not ruled on whether allegations characterised by the ERISA plaintiffs as non-collusive manipulation of FX rates are likewise covered by the agreement. Barclays will move to stay the claims characterised by the ERISA plaintiffs as non-collusive on grounds that they are covered by the agreement and also to dismiss these claims as a matter of law.

Retail Basis Action

Another action was filed in the Northern District of California (and subsequently transferred to the SDNY) against several international banks, including BPLC and BCI, on behalf of a putative class of individuals that exchanged currencies on a retail basis at bank branches (Retail Basis Claims). The Court has ruled that the Retail Basis Claims are not covered by the settlement agreement in the consolidated FX Action. Barclays will move to dismiss the Retail Basis Claims as a matter of law.

Last Look Actions

In addition, in November 2015 and December 2015, two additional civil actions were filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging injuries based on Barclays' purported improper rejection of customer trades through Barclays Last Look system. In February 2016, the Bank and BCI settled one of the actions for \$50m on a class-wide basis subject to court approval. (The other action was voluntarily dismissed.) Class members have the right to opt-out of the settlement and to seek to file their own claims.

Canadian FX Action

Similar civil actions to the Consolidated FX Action have been filed in Canadian courts on behalf of proposed classes of plaintiffs containing similar factual allegations of manipulation of Foreign Exchange rates as in the US actions and of damages resulting from such manipulation in violation of Canadian law.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period is currently uncertain.

ISDAFIX Investigation

Regulators and law enforcement agencies, including the CFTC, have conducted separate investigations into historical practices with respect to ISDAFIX, amongst other benchmarks.

In May 2015, the CFTC entered into a settlement order with BPLC, the Bank and BCI pursuant to which BPLC, the Bank and BCI paid a civil monetary penalty of \$115m in connection with the CFTC's industry-wide investigation into the setting of the US Dollar ISDAFIX benchmark and agreed to undertake certain remediation measures to the extent not already undertaken.

Investigations by other regulators and law enforcement agencies remain pending. For a discussion of civil litigation arising in connection with these investigations, see 'Civil Actions in respect of ISDAFIX' below.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on the Group or what effect they might have on the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil Action in respect of ISDAFIX

Beginning in September 2014, a number of ISDAFIX related civil actions were filed in the SDNY on behalf of a proposed class of plaintiffs, alleging that the Bank, a number of other banks and one broker, violated the Antitrust Act and several state laws by engaging in a conspiracy to manipulate the USD ISDAFIX. Those actions were consolidated in February 2015.

In April 2016, the Bank and BCI entered into a settlement agreement with plaintiffs to resolve the consolidated action for \$30m, fully resolving all ISDAFIX-related claims that were or could have been brought by the class. In May 2016, the court preliminarily approved the settlement, which remains subject to final approval and to the right of class members to opt-out of the settlement and to seek to file their own claims.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Precious Metals Investigation

The Bank has been providing information to the DOJ and other authorities in connection with investigations into precious metals and precious metals-based financial instruments.

For a discussion of civil litigation arising in connection with these investigations see 'Civil Actions in respect of the Gold Fix' below.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil Actions in respect of the Gold Fix

Since March 2014, a number of civil complaints have been filed in US Federal Courts, each on behalf of a proposed class of plaintiffs, alleging that the Bank and other members of The London Gold Market Fixing Ltd. manipulated the prices of gold and gold derivative contracts in violation of the CEA, the Antitrust Act, and state antitrust and consumer protection laws. All of the complaints have been transferred to the SDNY and consolidated for pretrial purposes. In April 2015, defendants filed a motion to dismiss the claims.

A similar civil action has been filed in Canadian courts on behalf of a proposed class of plaintiffs containing similar factual allegations of the manipulation of the prices of gold in violation of Canadian law.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

US Residential and Commercial Mortgage-related Activity and Litigation

The Group's activities within the US residential mortgage sector during the period from 2005 through 2008 included:

- sponsoring and underwriting of approximately \$39bn of private-label securitisations;
- economic underwriting exposure of approximately \$34bn for other private-label securitisations;
- sales of approximately \$0.2bn of loans to government sponsored enterprises (GSEs);
- sales of approximately \$3bn of loans to others; and
- sales of approximately \$19.4bn of loans (net of approximately \$500m of loans sold during this period and subsequently repurchased) that were originated and sold to third parties by mortgage originator affiliates of an entity that the Group acquired in 2007 (Acquired Subsidiary).

Throughout this time period affiliates of the Group engaged in secondary market trading of US residential mortgaged-backed securities (RMBS) and US commercial mortgage-backed securities (CMBS), and such trading activity continues today.

In connection with its loan sales and certain private-label securitisations, on 30 June 2016, the Group had unresolved repurchase requests relating to loans with a principal balance of approx-

imately \$2.2bn at the time they were sold, and civil actions have been commenced by various parties alleging that the Group must repurchase a substantial number of such loans.

In addition, the Group is party to a lawsuit filed by a purchaser of RMBS asserting statutory and/or common law claims. The current outstanding face amount of RMBS related to these pending claims against the Group as of 30 June 2016 was approximately \$0.2bn.

Regulatory and governmental authorities, including amongst others, the DOJ, SEC, Special Inspector General for the US Troubled Asset Relief Program, the US Attorney's Office for the District of Connecticut and the US Attorney's Office for the Eastern District of New York have initiated wide-ranging investigations into market practices involving mortgage-backed securities, and the Group is cooperating with those investigations.

RMBS Repurchase Requests

Background Information

The Group was the sole provider of various loan-level representations and warranties (R&Ws) with respect to:

- approximately \$5bn of Group sponsored securitisations;
- approximately \$0.2bn of sales of loans to GSEs; and
- approximately \$3bn of loans sold to others.

In addition, the Acquired Subsidiary provided R&Ws on all of the \$19.4bn of loans it sold to third parties.

R&Ws on the remaining Group sponsored securitisations were primarily provided by third-party originators directly to the securitisation trusts with a Group subsidiary, such as the depositor for the securitisation, providing more limited R&Ws. There are no stated expiration provisions applicable to most R&Ws made by the Group, the Acquired Subsidiary or these third parties.

Under certain circumstances, the Group and/or the Acquired Subsidiary may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached.

The unresolved repurchase requests received on or before 30 June 2016 associated with all R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary on loans sold to GSEs and others and private-label activities had an original unpaid principal balance of approximately \$2.2bn at the time of such sale.

The unresolved repurchase requests discussed above relate to civil actions that have been commenced by the trustees for certain RMBS securitisations in which the trustees allege that the Group and/or the Acquired Subsidiary must repurchase loans that violated the operative R&Ws. Such trustees and other parties making repurchase requests have also alleged that the operative R&Ws may have been violated with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than the amount of loans previously stated in specific repurchase requests made by such trustees. Cumulative realised losses reported at 30 June 2016 on loans covered by R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary are approximately \$1.3bn. All of the litigation involving repurchase requests remain at early stages.

In addition, the Acquired Subsidiary is subject to a more advanced civil action seeking, among other things, indemnification for losses allegedly suffered by a loan purchaser as a result of alleged breaches of R&Ws provided by the Acquired Subsidiary in connection with loan sales to the purchaser during the period 1997 to 2007. This litigation is ongoing.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

RMBS Securities Claims

Background Information

As a result of some of the RMBS activities described above, the Group has been party to a number of lawsuits filed by purchasers of RMBS sponsored and/or underwritten by the Group between 2005 and 2008. As a general matter, these lawsuits alleged, among other things, that the RMBS offering materials allegedly relied on by such purchasers contained materially false and misleading statements and/or omissions and generally demanded rescission and recovery of the consideration paid for the RMBS and recovery of monetary losses arising out of their ownership. The Group has resolved a number of these claims, and only one action currently remains pending.

Claimed Amounts/Financial Impact

Approximately \$0.2bn of the original face amount of RMBS related to the remaining pending action was outstanding as at 30 June 2016. There were virtually no cumulative realised losses reported on these RMBS as at 30 June 2016. The Group does not expect that, if it were to lose the remaining pending action, any such loss to be material. The Group may be entitled to indemnification for a portion of applicable losses.

Mortgage-related Investigations

In addition to the RMBS Repurchase Requests and RMBS Securities Claims, numerous regulatory and governmental authorities have been investigating various aspects of the mortgage-related business. The Group continues to respond to requests from the US Attorney's Office for the Eastern District of New York relating to the RMBS Working Group of the Financial Fraud Enforcement Task Force (RMBS Working Group), which was formed to investigate pre-financial crisis mortgage-related misconduct. In connection with several of the investigations by members of the RMBS Working Group, a number of financial institutions have entered into settlements involving substantial monetary payments resolving claims related to the underwriting, securitisation and sale of residential mortgage-backed securities. The Group has also received requests for information and subpoenas from the SEC, the US Attorney's Office for the District of Connecticut and Special Inspector General for the US Troubled Asset Relief Program (SIGTARP) related to trading practices in the secondary market for both RMBS and CMBS. Certain of the investigations are at an advanced stage.

Claimed Amounts/Financial Impact

However, it is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period. The cost of resolving these investigations could individually or in aggregate prove to be substantial.

American Depositary Shares

BPLC, the Bank and various former members of BPLC's Board of Directors have been named as defendants in a securities class action consolidated in the SDNY alleging misstatements and omissions in offering documents for certain American Depositary Shares issued by the Bank in April 2008 with an original face amount of approximately \$2.5 billion (the April 2008 Offering).

Background Information

The plaintiffs have asserted claims under the Securities Act of 1933, alleging that the offering documents for the April 2008 Offering contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Bank's portfolio of mortgage-related (including US subprime-related) securities, the Bank's exposure to mortgage and credit market risk, and the Bank's financial condition. The plaintiffs have not specifically alleged the amount of their damages.

In June 2016, the SDNY certified the action as a class action.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described on the Group or what effect that it might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

BDC Finance L.L.C.

BDC Finance L.L.C. (BDC) filed a complaint against the Bank in the NY Supreme Court alleging breach of contract in connection with a portfolio of total return swaps governed by an ISDA Master Agreement (collectively, the Agreement). Parties related to BDC have also sued the Bank and BCI in Connecticut State Court in connection with the Bank's conduct relating to the Agreement.

Background Information

In October 2008, BDC filed a complaint in the NY Supreme Court alleging that the Bank breached the Agreement when it failed to transfer approximately \$40m of alleged excess collateral in response to BDC's October 2008 demand (Demand).

BDC asserts that under the Agreement the Bank was not entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral and that even if the Agreement entitled the Bank to dispute the Demand before making the transfer, the Bank failed to dispute the Demand. BDC demands damages totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. Proceedings are currently pending and a trial on liability issues is currently scheduled to occur in 2017.

In September 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued the Bank and BCI in Connecticut State Court for unspecified damages allegedly resulting from the Bank's conduct relating to the Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. The parties agreed to stay this case.

Claimed Amounts/Financial Impact

BDC has made claims against the Group totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. This amount does not necessarily reflect the Group's potential financial exposure if a ruling were to be made against it.

Civil Actions in respect of the US Anti-Terrorism Act

In April 2015, an amended civil complaint was filed in the US Federal Court in the Eastern District of New York by a group of approximately 250 plaintiffs, alleging that the Bank and a number of other banks engaged in a conspiracy and violated the US Anti-Terrorism Act (ATA) by facilitating US dollar denominated transactions for the Government of Iran and various Iranian banks, which in turn funded Hezbollah attacks that injured the plaintiffs' family members. Plaintiffs seek to recover for pain, suffering and mental anguish pursuant to the provisions of the ATA, which allows for the tripling of any proven damages. Following the Bank's motion to dismiss, in July 2016, plaintiffs filed a second amended complaint.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Interest Rate Swap US Civil Action

BPLC, the Bank, and BCI, together with other financial institutions that act as market makers for interest rate swaps (IRS), Trade Web, and ICAP, are named as defendants in several anti-trust class actions consolidated in the SDNY. The complaints allege defendants conspired to prevent the development of exchanges for IRS and demand unspecified money damages, tre-

ble damages and legal fees. Plaintiffs include certain swap execution facilities, as well as buy-side investors. The buy-side investors claim to represent a class that transacted in fixed-for-floating IRS with defendants in the US from 1 January 2008 to the present, including, for example, US retirement and pension funds, municipalities, university endowments, corporations, insurance companies and investment funds.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect it have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Treasury Auction Securities Civil Actions

Numerous putative class action complaints have been filed in US Federal Courts against BCI and other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. The complaints have been or are in the process of being consolidated in the Federal Court in New York. The complaints generally allege that defendants conspired to manipulate the US Treasury securities market in violation of US federal antitrust laws, the CEA and state common law. Some complaints also allege that defendants engaged in illegal "spoofing" of the US Treasury market. The Group is considering the allegations in the complaints and is keeping all relevant agencies informed.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigation into Americas Wealth & Investment Management Advisory Business

The SEC is investigating the non-performance of certain due diligence on third-party managers by the Manager Research division of Barclays' Wealth & Investment Management, Americas investment advisory business and the Group is responding to requests for information.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described on the Group or what effect that it might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Retail Structured Products Investigation

The Group is cooperating with an enforcement investigation commenced by the FCA in connection with structured deposit products provided to UK customers from June 2008 to the present.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described on the Group or what effect that it might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigation into suspected money laundering related to foreign exchange transactions in South African operation

Absa Bank Limited, a subsidiary of Barclays Africa Group Limited, has identified potentially fraudulent activity by certain of its customers using import advance payments to effect foreign exchange transfers from South Africa to beneficiary accounts located in Asia, UK, Europe and the US. As a result, the Group is conducting a review of relevant activity, processes, systems and controls. The Group is keeping relevant authorities informed as to the ongoing status of this matter and is providing information to these authorities as part of its ongoing cooperation.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Portuguese Competition Authority Investigation

The Portuguese Competition Authority is investigating whether competition law was infringed by the exchange of information about retail credit products amongst 15 banks in Portugal, including the Group, over a period of 11 years with particular reference to mortgages, consumer lending and lending to small and medium enterprises. The Group is cooperating with the investigation.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described or what effect it might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

Credit Default Swap (CDS) Antitrust Investigations and Civil Actions

The Commission and the DOJ-AD commenced investigations into the CDS market in 2011 and 2009, respectively. In December 2015 the Commission announced its decision to close its investigations in respect of the Bank and 12 other banks. In July 2016 the Commission announced its decision to accept legally binding commitments relating to licensing of inputs for CDS exchange trading from each of the remaining entities subject to the investigation, ISDA and Markit Ltd., and close its investigation.

The Commission's investigation related to concerns about actions to delay and prevent the emergence of exchange traded credit derivative products. The DOJ-AD's investigation is a civil investigation and relates to similar issues. A civil class action in the SDNY involving similar claims against the Bank, other financial institutions, Markit Ltd., and ISDA was settled for a total of US\$1.864bn (including a payment of US \$170 million from the Bank). The settlement received final approval in April 2016 subject to the right of class members to opt-out of the settlement and to seek to file their own claims.

Claimed Amounts/Financial Impact

Aside from the settlement discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Provisions for Legal, competition and regulatory matters

Payment Protection Insurance redress

As at 30 September 2016

Additional UK customer redress provisions of £1,000m (Q315 YTD £1,322m) relating to Payment Protection Insurance (PPI) were recognised in the nine months to September 2016. £400m was recognised in Q216 reflecting an updated estimate of costs, primarily relating to ongoing remediation programmes, with £600m recognised in Q316 to reflect the current estimate of the impact of the revised complaints deadline proposed in the FCA consultation paper 16/20 issued on 2 August 2016. We will continue to review the adequacy of the provision levels in respect of the FCA's proposals which remain subject to consultation. The remaining PPI provision as at September 2016 was £2.3bn (31 December 2015: £2.1bn).

As at 30 June 2016

As at 30 June 2016, the Group had recognised cumulative provisions totalling £7.8bn (31 December 2015: £7.4bn) against the cost of PPI redress and associated processing costs with utilisation of £5.9bn (31 December 2015: £5.3bn), leaving a residual provision of £2.0bn (31 December 2015: £2.1bn).

In the half year ended to 30 June 2016, 1.7m (31 December 2015: 1.6m) customer initiated claims had been received and processed. The volume of claims received during H1 2016 decreased 4% from H2 2015 (increased by 1% from H1 2015). This rate of decline was slower than previously recorded but in line with expectations.

An additional charge of £0.4bn has been recognised to reflect an updated estimate of cost of PPI redress, primarily relating to ongoing remediation programmes, including those managed by third parties relating to a portfolio previously sold.

As at 30 June 2016, the total provision of £2bn represents the Group's best estimate of expected PPI redress. However, it is possible the eventual outcome may differ from the current estimate. The Group will continue to review the adequacy of provision levels in respect of the complaints deadline proposed by the FCA, which is still pending confirmation.

The provision is calculated using a number of key assumptions which continue to involve significant management judgement and modelling. These assumptions remain subjective, in particular due to the uncertainty associated with future claims levels, which include complaints driven by claims management company (CMC) activity.

4. In the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**" of the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A the first paragraph will be replaced by the following:

In this section the information incorporated by reference relating to the Issuer and/or the Group which are provided in the 2015 Joint Annual Report, the 2014 Issuer Annual Report, the 2015 Issuer Annual Report, the March 2016 Group Strategy Update, the Restatement Document, the 2016 Interim Results Announcement and the Q3 2016 Results Announcement are incorporated.

5. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**" the subsection "**Directors**" will be replaced by the following:

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Group and their principal outside activities (if any) of significance to the Group are as follows:

Name	Function(s) within the Group	Principal outside activities
John McFarlane	<i>Chairman</i>	<i>Chairman, Barclays PLC; Director, Westfield Corporation; Director, Old Oak Holdings Limited; Chairman, The CityUK</i>
James Staley	<i>Group Chief Executive Officer</i>	<i>Group Chief Executive Officer, Barclays PLC</i>
Tushar Morzaria	<i>Group Finance Director</i>	<i>Finance Director, Barclays PLC</i>
Mike Ashley	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director, Barclays PLC; Member, International Ethics Standards Board for Accountants; Member, Institute of Chartered Accountants in England & Wales' Ethics Standards Committee; Vice-Chair, European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group; Chairman, Government Internal Audit Agency; Member, Board of</i>

Name	Function(s) within the Group	Principal outside activities
		The Charity Commission
Tim Breedon CBE	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> , Barclays PLC; <i>Adviser</i> , Blackstone Group L.P.; <i>Chairman</i> , Apax Global Alpha
Mary Francis CBE	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> , Barclays PLC; <i>Non-Executive Director</i> , Swiss re Group, <i>Non-Executive Director</i> , Ensco plc;
Crawford Gillies	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> , Barclays PLC; <i>Chairman</i> , Control Risks Group Limited; <i>Senior Independent Director</i> , SSE plc
Sir Gerry Grimstone	<i>Deputy Chairman and Senior Independent Director</i>	<i>Deputy Chairman and Senior Independent Director</i> , Barclays PLC; <i>Chairman</i> , Standard Life plc; Deloitte LLP; <i>Lead non-executive</i> , Ministry of Defence; Financial Services Trade and Investment Board; The Shareholder Executive
Reuben Jeffery III	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> , Barclays PLC; <i>Chief Executive Officer, President and Director</i> , Rockefeller & Co., Inc. and Rockefeller Financial Services Inc.; <i>Member International Advisory Council</i> of the China Securities Regulatory Commission; <i>Member</i> , Advisory Board of Towerbrook Capital Partners LP; <i>Director</i> , Financial Services Volunteer Corps; <i>International Advisory Committee</i> , J. Rothschild Capital Management
Dambisa Moyo	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> , Barclays PLC; <i>Non-Executive Director</i> , Chevron Corporation; <i>Non-Executive Director</i> , Barrick Gold Corporation; <i>Non-Executive Director</i> , Seagate Technology
Diane de Saint Victor	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> , Barclays PLC; <i>General Counsel, Company Secretary and Executive Director</i> of ABB Limited; <i>Member</i> , Advisory Board of the World Economic Forum's Davos Open Forum
Diane Schueneman	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> , Barclays PLC

Name	Function(s) within the Group	Principal outside activities
Stephen Thieke	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director, Barclays PLC</i>